Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. **Bezugspreis** monatl. 5200 M. frei Haus, füll. b. Vorzeig. d. Quittung; Abweichung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. monatlich 5000, wöchentlich 1300 M. — **Postbezug** monatlich. — Einzelnummer 250 M., bei 8 Seiten 300 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Unruhe usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem **Amtsblatt der Stadt Merseburg**

der wöchentl. Unterhaltungsbeilage **Am häuslichen Herd** und dem monatl. erscheinenden **Chronist von Merseburg**

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 130 M., im Reklameteil 600 M., für Stellenanzeigen und Nachweisungen 400 M. Aufschlag, Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 136 — **Mittwoch den 13. Juni 1923.** — **49. Jahrg.**

Spannung zwischen Paris und London.

England gibt die Verständigungsversuche noch nicht auf. — Dollar 97500.

Die französische Presse zeigte am Dienstag, nach all den Fanfaren, die sie tags zuvor mit Benützung der beiden toten Unteroffiziere von Dortmund in der Frage des passiven Widerstandes ausgestoßen hatte, ein bemerkenswert überraschtes und bedenkliches Antlitz. Sogar das Propagandamaterial des Dortmunder Vorfalls ist einzelnen Blättern schon zweifelhaft geworden; der „Temps", der die ganze Hetze am Sonntag angekurbelt hatte, äußerte sich schon gestern sehr vorsichtig über den Dortmunder Fall. Aber es ist nicht nur über Dortmund in Paris still geworden; man äußert sich auch sehr bedenklich über die Entwicklung der englisch-französischen Vorverhandlungen. Man hebt hervor, daß bei dem Einvernehmen unter den Alliierten große Schwierigkeiten entgegenstehen; daß England fortfahre, den Widerstand Deutschlands zu ermutigen; daß die gegenwärtige Stunde schwer und für das Bündnis mit England vielleicht entscheidend sei; daß die englischen Minister den wesentlichen Zug der französischen Politik nicht recht gut begriffen hätten; daß schließlich der Einfluß der neuen Männer des englischen Kabinetts groß geworden sei, der unheilvolle Einfluß „humanitärer Psychologie" (!) Robert Cecils und der liberalen Finanzkreise Mac Kennas . . .

Daß man in England die „wesentlichen" Ziele der französischen Politik nicht recht verstehen will, mag schon richtig sein; nur so ist überhaupt die ganze aktive Politik des neuen britischen Kabinetts entstanden, die ein Pariser Blatt an die „schlechtesten Tage Lloyd Georges" erinnert. Was ist denn geschehen? **Der entscheidende Kabinettsrat in London hat dem französischen Verlangen nach gemeinsamer Forderung der Alliierten, Deutschland solle den passiven Widerstand aufgeben, den englischen Willen entgegengesetzt, nicht zuerst über diese Frage, sondern zuerst über die gemeinsame Stellungnahme der Alliierten zur Reparationslösung selbst zu verhandeln.**

Eine halbamtliche Zusammenfassung der englischen Anschauung umfaßt **drei Punkte:**

1. Zunächst betrachtet man die französische Forderung nach Preisgabe des passiven Widerstandes vor jedem Verhandlungsbeginn als unburchführbar; die englische Regierung sei der Ansicht, daß keine Regierung in Berlin die Zurückziehung der Verordnungen über das Verhalten der Beamten und Eisenbahner im Ruhrgebiet unternehmen könne, da sogar die Gefahr einer kommunistischen Revolution bestünde, wenn Berlin derartige Absichten hegen würde.

2. Dennoch aber wünsche England einen Bruch mit Frankreich zu verhüten, es soll ein Vorschlag ausgearbeitet werden, der in der eigentlichen Reparationsfrage die letzten deutschen Vorschläge als Ausgangspunkt für eine Diskussion betrachte, wobei angemerkt wird, daß auch England den von Deutschland — hier ist das Angebot vom 2 Mai gemeint, da die Ergänzungsnote keine Gesamtsumme nennt — angebotenen Beitrag für ungenügend halte und nicht unter die Gesamtziffer des Bonar Law-Planes gehen wolle.

3. **Wenn nun Frankreich auf seiner Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes beharre, so könnten die Alliierten eine Sachverständigenkonferenz einberufen zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit, des Reparationsproblems, der Kriegsschulden und der französisch-belgischen politischen Sicherung; wenn diese Untersuchung eine Einigkeit ergäbe, dann erst wäre die englische Regierung bereit, in Berlin Vorstellungen in der Frage des passiven Widerstandes zu erheben.**

Die Londoner Presse verstärkt noch diesen halbamtlichen Standpunkt; sie erklärt, daß nach den Mitteilungen, die der französische Botschafter in London gemacht habe, sogar die geringen bisher bestehenden Aussichten auf eine Versöhnung des englischen und französischen Standpunktes verscheucht worden seien; der offiziöse „Daily Telegraph" versichert, man sei in London über das noch nicht erhörte Maß von Unnachgiebigkeit, das Frankreich zeige, geradezu bestürzt gewesen. Alle Londoner Blätter, sogar die sonst franzosenfreundliche „Morning Post", erklären, **daß eine Preisgabe des passiven Widerstandes ohne Gegenkonzessionen und ohne Herstellung einer festen Basis für die Reparation nicht verlangt werden könnte.**

Wir können von uns aus diesen Protest noch verstärken: keine deutsche Regierung kann der Ruhrbevölkerung, die nach wie vor der wahre Träger des passiven Widerstandes ist, irgendwelche Konzessionen zumuten, wenn nicht etwas Wesentliches in den Fragen erreicht ist, um deretwillen die Ruhrbevölkerung die nationale Pflicht des passiven Widerstandes auf sich genommen und erfüllt hat. Denn wir können uns weder Frankreich noch England bedingungslos in die Arme werfen und den Fehler wiederholen, den wir in gutem Glauben begingen, als wir uns 1918 auf Wilsons 14 Punkte verließen. Wir können in Ruhe abwarten, wie die nun so scharf gewordene englisch-französische Auseinandersetzung verläuft, und das Kompromiß, zu dem auf italienischen Wunsch in dieser Auseinandersetzung gedrängt wird, müssen wir uns genau ansehen. Denn nicht jeder diplomatische Sieg Englands, auf den das neue englische Kabinett zunächst Wert legen muß, ist schon für uns eine wesentliche Sicherung. Das zeigen auch die französischen Reparationsforderungen, die der Londoner französische Botschafter übermittelte, der sogar die Serie C aufwärmte, auf die Frankreich nur gegen gleichwertige Streichung seiner englischen Schuld verzichten will.

*

Verhaltene Spannung zwischen Paris und London.

London, 13. Juni. Blättermeldungen zufolge wird die **Hoffnung auf eine Vereinbarung zwischen England und Frankreich, die die Absendung einer gemeinsamen Antwort an Deutschland ermöglichen würde, nicht aufgegeben.** „Evening Standard" zufolge sollen die **britischen Bemühungen auf einen Ruhr-Waffenstillstand** hinzielen. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian" erklärt, daß die englische Regierung in den Verhandlungen bezüglich des deutschen Memorandums einem Bruch mit Frankreich nahe sei. Die britische Regierung erkenne an, daß die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebie außerhalb der Macht der deutschen Regierung liege.

Paris, 13. Juni. (Priv.-Telegr) Der „Westminster Gazette" zufolge wünscht der englische Ministerpräsident Baldwin die Durchführung folgenden Programms: Wenn Frankreich bereit wäre, eine Amnestie im Ruhrgebiet zuzulassen und dort nur eine friedliche Mission durchzuführen, wie es ursprünglich Frankreichs Absicht war, so könnte die Reichsregierung die Bevölkerung im Ruhrgebiet veranlassen, für die Reparationen unter alliierter Kontrolle zu arbeiten, vorausgesetzt, daß die deutschen Reparationsvorschläge als Grundlage zu Verhandlungen angenommen würden, um eine endgültige Regelung der Reparationsfrage herbeizuführen.

Paris, 13. Juni. Einer Havasmeldung nach bewahrt man in den politischen Kreisen größte Zurückhaltung, da offizielle Nachrichten über die gestrigen Beratungen des englischen Kabinetts in Paris noch nicht vorliegen. Eine Sachverständigenkonferenz sei unerwünscht erzielt, nämlich daß Deutschland versucht, einen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der französischen Regierung hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der Ausführung der deutschen Verpflichtungen hinauslaufen würden.

Pariser Echo in Brüssel.

Brüssel, 13. Juni. (WTB.) In der Kammer erklärte der Außenminister u. a.: Wir sind in das Ruhrgebiet einmarschiert, um Reparationen zu erhalten, und wir werden aus ihm erst dann herausgehen, wenn wir sie bekommen haben. Wir haben bereits ein erstes Ergebnis erzielt, nämlich das Deutschland versucht, einen Meinungsaustausch anzustimmen. Wir wollen mit den Alliierten sprechen, mit Deutschland aber nicht vor der Einstellung des passiven Widerstandes. „Westminster Gazette" über einen Vermittlungsvorschlag Baldwins.

Der Dortmunder „Franzosenmord" aufgeklärt.

Im Zank um die „rote Erna" gegenseitig erschossen. — Acht Deutsche ermordet.

In Dortmund sind nunmehr schon acht Deutsche ermordet worden, darunter der Arzt Dr. Schöne, der auf dem Wege zum Nachtdienst im Luisenhospital war, der Studienrat Gurtschank, der Elektriker Strothmann und ein 19jähriger Kaufmann Buschhoff. Die Namen der übrigen zwei Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Französische Geschosse.

Wie die „Frankf. Ztg." aus Dortmund meldet, hat die sofort von deutschen in Kriminalschen erfahrenen Ärzten vorgenommene Untersuchung der Wunden der beiden erschossenen französischen Feldwebel ergeben, daß die Schüsse aus einer Langwaffe, also einem Gewehr oder Karabiner abgegeben worden sind. Es wurde auch festgestellt, daß es sich um Kupfermantelgeschosse handelt, die hier in der französischen Armee eingeführt sind.

Ist damit erwiesen, daß auf keinen Fall Deutsche die Täter sind, so hat nunmehr die genaue Untersuchung Klarheit geschaffen.

Die beiden Franzosen haben sich im Zank um eine Dirne erschossen,

die in Dortmund unter dem Namen „Rote Erna" bekannt ist. Die Rote Erna und zwei andere Frauenzimmer befinden sich in französischer Haft. Ihre Aussagen verheimlichen alles Beweismaterial. Angesichts dieser Sachlage protestierten die städtischen Körperschaften Dortmunds mit Recht gegen die auferlegten Sanktionen, insbesondere gegen die Verhaftung zweier Stadträte, ebenso gegen das unmenschliche Vorgehen der Franzosen gegen ahnungslose Straßenpassanten und gegen die Verhängung des Belagerungszustandes.

Den Franzosen muß dieser Tatbestand gleich bekannt gewesen sein, sonst hätte das Hadashbiro nicht eine so gewundene Zweitmeldung gebracht.

Trotzdem dauert die Deutschenhetze an, trotzdem lassen die die wahre Tatsache kennenden Generale weiter die sinnlosen Schießereien zu. Acht Deutsche tot — und die Tatsache dazu, daß sich zwei betrunkene, wüste Kerle aus der glorreichen Armee um eine feile Dirne zankten.

Auch ein Kulturbild!

*

Zwei Ärzte auf ihren Berufswegen erschossen!

Dortmund, 13. Juni. (WTB.) Nach Verhängung der Straßensperre besetzten die Franzosen vor allem die Zugänge zur Stadt. Zahlreiche Ausflügler, die aus der Umgebung Dortmunds heimkehrten, wurden ohne Ausweis angehalten und festgehalten, wobei sich französische Offiziere und Soldaten zahlreiche Mißhandlungen schwerer Art gegen Männer und Frauen zu Schulden kommen ließen. An den verkehrsreichsten Punkten der Stadt trieben die Soldaten die Einwohner vor sich her. Auch dabei kam es verschiedentlich zu Mißhandlungen. U. a. wurde ein deutscher Arzt, der sich in Ausübung seines Berufes in ein Krankenhaus begeben wollte, niedergeschossen. Gestern wurden ein zweiter Arzt sowie ein Polizeibeamter von den französischen Truppen erschossen.

Belagerungszustand in Recklinghausen.

Recklinghausen, 13. Juni. (WTB.) **Dem Vernehmen nach ist der Belagerungszustand über Recklinghausen verhängt worden, weil in der Nacht zum 11. Juni zwischen dem Bahnhof und dem Bahnhofshotel ein französischer Posten erschossen worden sein soll.** — Der Kaufmann Möllers, der ohne Kenntnis von der Verkehrssperre durch die Straßen ging, wurde ohne Anruf erschossen. Er lag drei Stunden schwer verletzt an einer Straßenecke, ohne daß ihm ärztliche oder geistliche Hilfe zuteil wurde, nach denen er verlangte. So verstarb er auf der Straße.

*

Ein neuer Direktoren-Prozeß.

Essen, 13. Juni. (Priv.-Telegr.) **Der Verhandlungstermin gegen die Bergwerksdirektoren Kellermann (Gute Hoffnungshütte), Falke (Concordia) und Friedmann (Adler) ist nunmehr auf Freitag den 15. Juni, 9 Uhr vormittags, vor dem Kriegsgericht in Werden angesetzt.**

Der österreichische Anleiheerfolg.

Nach der nun schon zehn Monate währenden Stabilisierung der Krone auf dem Wiener Dollarkurs von rund 70 000, nach dem vollen Erfolg der österreichischen inneren Goldanleihe und nach dem gleichfalls bis zum voraussgesehenen Höchstbetrage erfüllten Eintreten der anfänglich ablehnenden Wiener Großfinanz für das Aktienkapital der österreichischen Notenbank, nach den Zwischenkrediten ententistischer und neutraler Staaten schließlich, die als Sanierungsvorschüsse auf die große Anleihe gelten, ist nun die österreichische Auslandsanleihe selbst zur Zeichnung aufgelegt worden. In Neuyork konnte das Bankhaus Morgan die 25 Millionen Dollars sechsprozentiger österreichischer Obligationen, die Morgan übernommen hatte, zum Kurse von 90 % binnen einer Viertelstunde unterbringen; in London, wo eine Zeichnungsfrist von fünf Tagen angesetzt war, konnte die Zeichnungsfrist schon am zweiten Tage kurz nach 11 Uhr vormittags geschlossen werden, da die Anleihe bis dahin schon dreifach überzeichnet worden war. Da die in Amerika und England zu plazierenden Anleihebeträge den größten Teil der Gesamtanleihe ausmachen, in dem man heute schon von einem **vollen Erfolg der österreichischen Auslandsanleihe** sprechen. Diese Tatsache läßt auch einen gewissen Schluß zu auf die Aufnahmefähigkeit des angelsächsischen Finanzmarktes für staatliche Sanierungsanleihen schlechtwaluta rischer Länder Europas überhaupt; nicht die große Reparationsanleihe, aber kleinere Sanierungsanleihen könnte auch Deutschland in einem Ausgenblick, der eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung Europas und damit die Voraussetzung einer wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung Deutschlands brächte, wohl verhältnismäßig leicht unterbringen. Ohne Zweifel hat das Kabinett Seipel bei seiner zielbewußten und unter schweren inneren Kämpfen gegen die Sozialdemokratie nach komplizierten diplomatischen Verhandlungen unternommenen Sanierungsarbeit einen neuen und zwar entscheidenden Erfolg errungen. Erst die Auslandsanleihe verwirklicht das für die beiden Jahre 1923 und 1924 angesetzte Genfer Programm, und erst jetzt ist die bisherige innere Sanierungsarbeit, die gewissermaßen als Vorschuß auf die große Anleihe geleistet werden mußte, endgültig in ihrem Erfolg gesichert. Die weiteren inneren Maßnahmen, die nun zu folgen haben, insbesondere die Währungsreform selbst, wird man in Deutschland mit Interesse verfolgen, das wir der Entwicklung Österreichs nicht nur aus Gründen der nationalen Verwandschaft, sondern auch deshalb entgegenbringen, weil wir sowohl in der Inflationsfrage wie in der Sanierungsarbeit an Österreich für uns manches lernen können. Die kurzlebige Tageskritik, die in manchen deutschen Organen auf Grund einseitiger, meist aus sozialdemokratischer Quelle stammender, Informationen an der Sanierung Österreichs bisher geübt wurde, sollte lieber einem ernsthaften Studium dieses Vorganges und einer Anerkennung der Erfolge des Kabinetts Platz machen

Radikale Putschpläne in Magdeburg aufgedeckt!

Berlin, 13. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) **In Magdeburg wurden am 8. Juni, wie die Blätter jetzt erst melden, 27 Deutschvölkische, darunter 6 Reichswehrangehörige, verhaftet, die der Leitung eines von dem bekannten Baltikum-Freikorps-Führer Roßbach gegründeten Reichswehrblocks Roßbach angehörten. Die Zuständigkeit dieses Putschzentrums erstreckte sich nach den Statuten über das ganze deutsche Reich mit Ausnahme von Bayern. Die Aufgabe der Organisation bestand darin, einmal für die deutsch-völkisch-nationalistische Bewegung einen Kern zu sichern, und zum anderen, den deutschvölkischen putschistischen Gruppen, die zum Teil aus ganz jungen Leuten bestehen, „Ausbildungspersonal" zu stellen. Die Organisation wird von Roßbach geleitet, der als „Chef" bezeichnet wird und der dem „Vorwärts" zufolge auch noch aus dem Untersuchungsgefängnis des Reichsgerichtes in Leipzig, wo er sich seit geraumer Zeit befindet, da noch ein Verfahren gegen ihn schwebt, Befehle erteilt haben soll.**

Der „Vorwärts" veröffentlicht die Ausbildungsdienstpläne der Organisation, die Kartenlesen, Exerzieren, Nachtübungen usw. vorsehen, sowie die Vorarbeiten zur Schaffung einer „Fehme", die nur aus zuverlässigen und im Waffengebrauch perfekt ausgebildeten Leuten bestehen soll. Ihre Aufgabe ist es, der Leitung verdächtig erscheinende Leute zu beobachten und Verräter und

politisch mißliebige Personen zu beseitigen.

Nach dem Organisationsstatut konnten Mitglied werden alle Reichsangehörigen, die sich auf den Boden des Statuts stellen. Die Akten sind dem Oberreichsanwalt übergeben worden.

Italien auf Seiten Englands.

London, 13. Juni. (Drahtmeldung des WTB.) Der römische Berichterstatter der „Times" schreibt, es sei ihm von einem Mitglied des auswärtigen Amtes mitgeteilt worden, daß die Haltung Italiens gegenüber der Erörterung der deutschen Note sich der bereits von Großbritannien eingenommenen anschließen werde. Dem Berichterstatter zufolge hat die Regierung noch nicht entschieden zugestimmt, ob sie Frankreich beim Verlangen nach sofortiger Einstellung des passiven Widerstandes als Vorbedingung weiterer Erörterungen zu unterstützen habe.

Der englische Standpunkt.

London, 13. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Der aufgeregte Ton, in dem gestern morgen ein Teil der englischen Presse die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten über die Waffenstillstandsbedingungen für das Ruhrgebiet verhandelt hat, ist heute einer sehr ruhigen Stimmung in der Presse gewichen. Mit Nachdruck wird festgestellt, daß die französische Haves-Depesche unser den englischen Kabinettsrat ein merkwürdiges noch nicht aufgeklärtes Manöver war, das die falsche Spannung erzeugte. Der Meinungsaustausch mit den Alliierten werde, wie aus den Besprechungen der belgischen und italienischen Botschafter mit Lord Curzon hervorgehe, fortgesetzt. Die englischen Sachverständigen seien jetzt damit beschäftigt, den belgischen Reparationsplan eingehend zu prüfen und englische Gegenvorschläge auszuarbeiten. Zugleich seien der Premierminister und der Außenminister damit beschäftigt, Erwägungen anzustellen, wie es möglich sei, sie mit den französischen Anregungen für den Abbau des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet zu vereinbaren, damit diese Anregungen mit einigen Aussichten auf Erfolg in Berlin vorgebracht werden könnten. Das Publikum wird darauf vorbereitet, daß die diplomatischen Besprechungen zwischen London, Paris, Brüssel und Rom noch einige Zeit in Anspruch nehmen werden. Auf alle Fälle werde vor der Bekanntgabe des englischen Standpunktes noch eine Sitzung des englischen Kabinetts stattfinden, in der die ganze Lage eingehend durchgesprochen werden müsse.

London, 13. Juni (Drahtmeldung des WTB.) Dem politischen Berichterstatter der „Times" zufolge ist es wahrscheinlich, daß eine weitere Sitzung des britischen Kabinetts zur Erwägung des deutschen Reparationsmemorandums heute stattfindet. Die britische Regierung sei aufrichtig bestrebt, nichts ungeschehen zu lassen, wodurch die Alliierten instandgesetzt werden können, eine gemeinsame Antwort auf das letzte deutsche Angebot zu geben. Die Schwierigkeiten auf dem Wege zur Verwirklichung einer solchen Absicht würden wohl zugegeben, in Regierungskreisen glaubt man aber, daß die Hindernisse nicht unüberwindlich seien.

Berlin, 13. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Eine Bestätigung der römischen Meldung, daß Italien eine Sonderantwort an Deutschland erteilen wird, liegt bisher von keiner Seite vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230613-17/fragment/page=0001

Der Boche bezahlt alles.

Mit der Geste des Anklägers ruft Herr Poincaré immer wieder in die Welt hinaus, daß Frankreich seinen eigenen Bürgern schon nahezu 100 Milliarden Franken für Kriegsschäden vorgeschossen hätte, die eigentlich Deutschland zu zahlen gehabt hätte, das sich aber böswillig seinen Verpflichtungen entzöge.

Was aber sind die Tatsachen? Frankreich lehnte die ihm von Deutschland angebotenen 100 Goldmilliarden für den Wiederaufbau ab. Es lehnte gleichfalls die wiederholten Angebote der deutschen Gewerkschaften ab, durch deutsche Arbeiter die größten Teile der Kriegsgebiete wieder aufzubauen. Die französischen Industriellen haben länger als ein Jahr die Ratifizierung des Wiesbadener Abkommens, das die Belieferung der zerstörten Gebiete mit Material zum Wiederaufbau bezweckte, hintertrieben. Deutschland bot 40 000 Holzhäuser, nicht einmal ein Dutzend nahm Frankreich an. Die französische Industrie wollte sich den Wiederaufbau als gewinnbringendes Geschäft für Jahrzehnte sichern und die französische Politik die „offene Wunde" möglichst lange erhalten.

Über die Art und Weise, wie Frankreich von sich aus den Wiederaufbau betreibt, um Deutschland 100 Milliarden zu Lasten seines Reparationskontos schreiben zu können, macht der Pariser Korrespondent der englischen Wirtschaftszeitschrift „The Statist" interessante Mitteilungen, die völlig mit dem übereinstimmen, was Deutschland und neutrale Beobachter bereits des öfteren festgestellt haben. In „The Statist" heißt es:

„Offensichtlich hat die Art und Weise, wie Frankreich die Reparationsansprüche seiner eigenen Bürger behandelt hat, die Rechnung zu ungeheuerer Größe anschwellen lassen. Hier einige Beispiele, die zur persönlichen Kenntnis des Schreibers gelangt sind und für deren völlige Richtigkeit er sich verbürgt. Ein Herr, den der Verfasser kennt, kaufte einige Jahre vor dem Kriege in Villers-Brettonneux, einige Meilen von Amiens, ein geräumiges Blockhaus und einen großen Garten für 18 000 Franken. Das Haus wurde bei dem deutschen Vormarsch vom März 1918 zerstört. Der Eigentümer erhielt für die Ausgaben des Wiederaufbaues von der Commission Cantonale, die mit der Feststellung der Schäden beauftragt ist, rund 150 000 Franken. Die Folge ist, daß der Besitzer, ein einfacher Mann, den Bauunternehmern gestatten mußte, ein neues Haus zu bauen, das viel größer ist, als er sich je geträumt hat. In einem Dorf im Bezirk von Doullens kennt der Korrespondent persönlich einen Landarbeiter, der vor dem Kriege niemals mehr als 3 Franken täglich erhielt. Dieser bekam kürzlich von der Regierung als Entschädigung für verlorene Arbeitszeit während der Vertreibung durch die kriegerischen Ereignisse 40 000 Franken, obgleich er während der erzwungenen Abwesenheit von seinem Heimatdorf ohne Schwierigkeit mehr verdient als zu Hause. Diese Summe wurde ihm neben der ihm für Wiederaufbauzwecke zugestandenen Entschädigung ausgezahlt. Im Falle einer Zuckerfabrik, die ungefähr 15 Meilen von Sainte Juste, auf der Linie zwischen Paris und Boulogne, liegt, wurden 3 Millionen Franken für die teilweise Zerstörung von Gebäuden durch Granatfeuer zugestanden. Diese Gebäude hatte der Eigentümer zu Beginn des Jahres 1914 für 250 000 Franken vergeblich zum Verkaufe angeboten. Eine gerichtliche Untersuchung wurde in diesem besonderen Falle von Amtswegen angeordnet, aber ich weiß nicht, ob die Sache irgendwie vorwärts gekommen ist. Bei Tausenden von solchen Fällen verschwenderischer Ausgaben ist es kein Wunder, daß die französischen Minister angeben können, Frankreich habe nahezu 100 Milliarden Franken seinen eigenen Bürgern für Kriegsschäden vorgeschossen, die auf das Konto der deutschen Reparationen zu setzen wären.

Wenn also Herr Poincaré immer wieder behauptet, daß Frankreich sich ruiniere, weil Deutschland nicht zahle, so ist das eine plumpe Irreführung der Welt, denn die verschwenderischen Ausgaben Frankreichs an seine Bürger fließen zum großen Teil in seine Kassen zurück, da die Spareinlagen der so reichlich beschenkten französischen Staatsbürger zu 9/10 in französischen Staatspapieren erfolgen. Deutschland ist bereit, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Reparationszahlungen zu leisten, aber die in Erwartung der deutschen Milliarden getriebene französische Verschwendung übersteigt seine Leistungsfähigkeit, und so muß das leichtsinnige „le boche payera tous" für Frankreich notwendig zu einer bitteren Enttäuschung führen.

Die Neuordnung der Beamtengehälter.

Der Haushaltungsausschuß des Reichstages verhandelte am 12. Juni über den Entwurf einer neuen Ergänzung des Besoldungsgesetzes. In den Verhandlungen im Hauptausschuß führte der Demokrat Delius aus, daß es zweckmäßiger gewesen sei, angesichts der schwankenden Währung die grundsätzliche Neuregelung zu verschieben. Nachdem aber die Vorlage eingebracht und im Unterausschuß so gründlich durchberaten worden sei, müsse sie jetzt verabschiedet werden. Die jetzt festgesetzten Beträge seien allerdings Chimäre. Man müsse sich jedoch auf die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen einigen, die in der Regierungsvorlage viel zu sehr für die oberen Gruppen ausgebaut sei und den unteren Beamten in der Hauptsache nichts gäbe. Nach langem Hin und Her wurde der Antrag des Ausschusses angenommen, der das 33 fache der letzten Grundgehälter als Norm für die neuen Gehälter festsetzt. Danach gelten folgende Grundgehälter:

Gruppe	1:	324 000— 432 000 *M*	monatlich.
„	2:	357 000— 476 000 *M*	„
„	3:	390 000— 520 000 *M*	„
„	4:	437 000— 582 000 *M*	„
„	5:	494 000— 658 000 *M*	„
„	6:	557 000— 743 000 *M*	„
„	7:	636 000— 848 000 *M*	„
„	8:	730 000— 973 000 *M*	„
„	9:	838 000—1 118 000 *M*	„
„	10:	963 000—1 284 000 *M*	„
„	11:	1 115 000—1 487 000 *M*	„
„	12:	1 303 000—1 737 000 *M*	„
„	13:	1 560 000—2 080 000 *M*	„

Bei den Einzelgehältern sind folgende Grundgehälter festgesetzt: 2 220 000 *M* monatlich, 2 500 000 *M*, 2 900 000 *M*, 3 030 000 *M*, 3 870 000 *M*, 5 700 000 *M*, 6 300 000 *M* monatlich. Dazu kommen dann noch die Kinder- und Frauenzulagen und die Ortszuschläge.

Die Ortszuschläge betragen in Ortsklasse A im Monat bei einem Grundgehalt bis 387 000 *M* 72 000 *M*; über 387 000 *M* bis 437 000 *M* 90 000 *M*; über 437 000 bis 510 000 *M* 108 000 *M*; über 510 000 *M* bis 605 000 *M* 126 000 *M*; über 605 000 *M* bis 838 000 *M* 144 000 *M*; über 838 000 *M* bis 1 275 000 *M* 162 000 *M*; über 1 275 000 *M* 180 000 *M*, fallend bis Klasse E auf 36 000 *M*, 45 000 *M*, 54 000 *M*, 63 000 *M*, 72 000 *M*, 81 000 *M*, 90 000 *M* monatlich.

Der Frauenzuschlag ist in allen Gruppen gleich und beträgt 32 000 *M*.

Die Kinderzuschläge betragen in der Ortsklasse A für jedes Kind im Alter von 1 bis 6 Jahren 60 000 *M*, von 7 bis 14 Jahren 75 000 *M*, von 14 bis 21 Jahren 90 000 *M*.

Nachklänge aus dem Oldenburger Wahlkampf.

Am besten von allen Parteien, hat sich auch in Oldenburg wieder das Zentrum geschlagen. Die Deutsche Volkspartei hatte einen heftigen Feldzug ins stramm katholische Münsterland unternommen; aber er hat ihr wenig Nutzen gebracht. Die Stimmenzunahme der Demokraten dort ist ebenso groß, wie die der Volkspartei. Der Zentrumsturm im Münsterland ist intakt geblieben. Schlechter ist es im ganzen Lande den Sozialdemokraten ergangen. Sie haben nur den kleineren Teil der früheren Unabhängigen um ihre Fahne scharen können; ein erheblicher Prozentsatz hat sich zu den Kommunisten geschlagen. Ein Versuch ehrgeiziger und von den Sozialdemokraten nicht berücksichtigter Leute, die USP. auf Ledebourscher Grundlage zu erneuern, ist, wie zu erwarten war, erfolglos geblieben, hat aber doch den Sozialdemokraten erheblich geschadet. — Die Mandatszahlen machen eine Mehrheitsbildung nur aus Zentrum und Deutscher Volkspartei, die bisher möglich war, nach diesem Wahlausfall unmöglich. Damit dürfte die Voraussetzung für die Wiederherstellung der alten, aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bestehenden Koalition gegeben sein. Daß aber dann an die Spitze dieser Regierung wieder der demokratische Führer Tantzen berufen wird, der durch seine Energie und seine weitblickenden Ideen über die Oldenburgischen Grenzen hinaus Bedeutung gewonnen und Anhängerschaft sich erworben hat, darf wohl angenommen werden

Außenpolitische Übersicht.

Schwedenspende für das Ruhrgebiet.

Stockholm, 13. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Stockholmer Vereinigung des Jahrganges 1858 hat bei ihrer Jahresversammlung unter dem Vorsitz des Admirals Drytzen einstimmig beschlossen, den Eisenbahnern im Ruhrgebiet 10 Millionen Mark zu übersenden als eine geringe materielle Unterstützung, vor allem aber als Beweis der Sympathie und des wahren Mitgefühls für ihren mit so großen Opfern geführten Kampf für das Vaterland.

Der Streit um die Danziger Hafenpolizei zugunsten Danzigs entschieden.

Danzig, 13. Juni. (Priv.-Telegr.) Der Völkerbundskommissar hat eine außerordentlich wichtige Entscheidung getroffen, die den polnischen Ansprüchen auf die Hafenpolizei ein Ende macht. Er hat entschieden, daß die Hafenpolizei dem Hafenausschuß unterstehen soll. Das Polizeipersonal wird durch den Hafenausschuß vom Danziger Senat angefordert. Die Polizeitruppen werden vom Senat ausgebildet und unterstehen in ihrer inneren Verwaltung auch weiter dem Senat. Sie sind nur den Anordnungen des Hafenausschusses im Hafen unterworfen. Alle gerichtlichen Verfahren, die infolge von Verstößen im Hafen entstehen, sind bei den Gerichten der Freien Stadt Danzig zuständig.

Der neue polnische Generalstabschef.

Zum polnischen Generalstabschef ist General Haller ernannt. Es handelt sich nicht um den bekannten General Joseph Haller, der im Jahre 1919 an der Spitze der polnischen Ententearmee durch Deutschland nach Polen zurückkehrte, sondern um den General Stanislaus Haller. Joseph Haller gilt bekanntlich als schärfster politischer Gegner Pilsudskis und Führer der deutschfeindlichen Militärpartei. Es ist immerhin von Bedeutung, daß nicht er zum Generalstabschef ernannt wurde.

Das Abkommen mit Südslawien unterzeichnet.

Belgrad, 13. Juni. (Priv.-Telegr.) Die Verhandlungen zwischen den südslawischen und deutschen Delegierten zur Regelung der Frage der Sachlieferungen führten zu einem guten Ergebnis und wurden vorgestern beendet. In der letzten Ministersitzung berichtete Justizminister Markowitsch über das erzielte Einvernehmen. Das getroffene Abkommen wurde am Montag unterzeichnet.

Der bulgarische Umsturz.

Aus Belgrad, also aus vielleicht interessierter Quelle, kommen Nachrichten, daß Stambulinski und seine Anhänger in verschiedenen Teilen Bulgariens den Versuch machen, der neuen Regierung, die zunächst in Sofia und den Städten, beim liberalen Bürgertum und den Kreisen des Handels, sowie in der Armee gesiegt hat, mit Hilfe der von Stambulinski geschaffenen und wirtschaftlich wie politisch hochgezüchteten Bauernorganisationen bewaffneten Widerstand zu leisten. Derartiges war eigentlich vorauszusehen, so sehr Stambulinski sich durch eine auch für die unverwöhnten Kreise seines Landes unerträgliche Pascha-Wirtschaft mißliebig gemacht hat, so sehr konnte man annehmen, daß der Stand der Kleinbauern, den er zur herrschenden Klasse des Landes gemacht hat und der immerhin fünf Sechstel der bulgarischen Bevölkerung umfaßt, den Umsturz nicht ganz passiv hinnehmen würde. Auf der anderen Seite hat die neue Regierung durch besonnene Maßnahmen den Charakter einer Gegenrevolution möglichst vermieden und kann wohl auch damit rechnen, daß jetzt, zur Erntezeit, der bulgarische Bauer wenig Lust und Freiheit zu einem bewaffneten Widerstand haben würde.

Berlin, 13. Juni. (Priv.-Telegr.) Wie aus Belgrad gemeldet wird, ist die bulgarische Grenze gegen Südslawien seit gestern früh gesperrt. Auf der bulgarischen Grenzstation Dragoman werden alle Reisenden von revolutionären Offizieren aufs strengste revidiert. Seit dem Umsturz ist gestern früh der erste Eisenbahnzug auf der Grenzstation Zaribrod angekommen. Wie nachträglich bekannt wird, sind während des Umsturzes am Sonnabend achtzig Gendarmen und fünf Polizeibeamte getötet worden.

Im russisch-englischen Konflikt

hat (wie schon kurz berichtet) eine neue russische Note entspannend gewirkt. Im wesentlichen werden die sehr weitgehenden englischen Forderungen erfüllt; Rußland ist bereit, einen Gegenseitigkeitsvertrag zu unterzeichnen, auf Grund dessen England und Rußland sich verpflichten, gegeneinander keine Propaganda zu treiben. Rußland erklärt sich sogar bedingungsweise bereit, die englische Forderung nach Abberufung der russischen Vertreter in Persien und Afghanistan zu bewilligen, wenn bei einer gemeinsamen englisch-russischen Untersuchung sich die Tatsache ergeben sollte, daß diese Sowjet-Diplomaten Verfehlungen gegen diplomatische Traditionen wirklich begangen haben. Man kann aus dieser zweiten russischen Antwort, die auch gegen sehr scharfe und das russische Prestige angreifende englische Forderungen nicht protestiert, sondern nur eine mildere Form der Erfüllung dieser Forderungen vorschlägt, entnehmen, daß man in Moskau womöglich den russisch-englischen Konflikt aus der Welt schaffen will. Gleichzeitig zeigt aber die Form der Beantwortung, daß man nach Methoden sucht, die eine glatte Erfüllung der englischen Forderungen erschweren oder verzögern sollen; diese Art, ultimative Forderungen zu beantworten, zeigt die diplomatische Kunst der Moskauer in auch anderwärts vorbildlicher Weise.

Japan und das deutsche Memorandum.

Berlin, 12. Juni. (Priv.-Telegr.) In japanischen diplomatischen Kreisen, die in ständiger Verbindung mit der Tokioter Regierung stehen, hat, wie wir erfahren, das deutsche Memorandum einen günstigen Eindruck hervorgerufen; es wird als eine bedeutsame Verbesserung gegenüber der Note vom 2. Mai angesehen, und man hofft stark, daß es als Basis für weitere Verhandlungen dienen möge. Dementsprechend ist auch die Stellung der japanischen Presse.

Deutschland.

Der Streik in Oberschlesien.

Breslau, 13. Juni. (Priv-Telegr.) Nach Angabe der unionistischen Streikleitung sind jetzt 120 000 Arbeiter in Oberschlesien ausständig. Der ganze schlesische Bergbau liegt jetzt völlig still, ebenso der größte Teil der schlesischen Metallindustrie bis auf einige große Betriebe in Breslau.

Der Industrietag über die Garantien.

Bremen, 13. Juni. (WTB.) Der hier unter Vorsitz von Franz v. Mendelssohn tagende Hauptausschuß des deutschen Industrie- und Handelstages hat zur Frage der Garantien der Wirtschaft eine Erklärung abgegeben, in der er betont, daß die Kreise der Wirtschaft bei der Durchführung der Garantie die damit verbundenen Opfer übernehmen werden, über deren Schwere die Beteiligten sich durchaus klar sind.

Der bayerische Hochverratsprozeß

gegen die Leute, die auf Grund von Verhandlungen mit dem berüchtigten französischen Saarspitzel Richert und mit französischem Gelde die Errichtung einer Donau-Monarchie in Szene setzen wollten, bringt immer umfangreichere Enthüllungen über die weitgehenden und bis ins Einzelne vorbereiteten Putschpläne, auch darüber, wie sehr der Wirrwarr verschiedenster Organisationen und Bestrebungen, wie er insbesondere in München herrscht, den Treibereien dieser Leute zu Hilfe kam, so, daß gut gesinnte Gruppen in das Gespinst beinahe mit einbezogen worden wären. Ohne Zweifel wird der Prozeß reinigend wirken.

Zu Rathenaus Ehre.

Die in der Königsallee 65 im Grunewald gelegene Villa des ermordeten Reichsministers Dr. Walter Rathenau, die nunmehr durch eine Schenkung seiner greisen Mutter in das Eigentum des Reiches übergegangen ist, wird am 24. Juni, dem Todestage Rathenaus, in Gegenwart des Reichspräsidenten und der Reichsbehörden durch einen feierlichen Akt als eine Erinnerungsstätte vom Reich übernommen werden.

Ein Kuratorium, dem unter anderem der Reichskunstwart Dr. Redslob angehört, hat auf Wunsch der Mutter Rathenaus und in Verbindung mit ihr den Plan für die künftige Aufgabe der Villa aufgestellt. Sie soll in ihrem Innern möglichst unverändert bleiben und dadurch von dem Geistesleben ihres früheren Besitzers Zeugnis ablegen. Die ausgezeichneten Kunstschätze, besonders aus dem 18. Jahrhundert und den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, sowie die kostbare Bücherei mit zahllosen Widmungen von Erstausgaben der bedeutendsten lebenden Dichter und Denker soll nicht allgemein, sondern nur denjenigen Interessenten zugänglich sein, die von dem Kuratorium hierzu die Erlaubnis erhalten.

Außer diesen beiden Aufgaben — Denkmal und Forschungsstätte zu sein — fällt dieser „Rathenaustiftung" noch eine weitere Aufgabe zu: hier sollen fortan Sitzungen derjenigen Reichsbehörden, die mit wissenschaftlichen und künstlerischen Dingen zu tun haben, abgehalten werden, und damit wird das Haus auch dem Zwecke der Repräsentation zugeführt.

Der Bund der Kinderreichen Deutschlands.

Im Plenarsitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses hielt gestern der Bund der Kinderreichen Deutschlands eine zweite Tagung ab, die zahlreich besucht war und zu der auch das besetzte Gebiet viele Vertreter entsandt hatte. Die Forderungen der Kinderreichen gehen dahin, daß ihre Vertreter zu allen gesetzgeberischen Arbeiten, die für sie von einschneidender Bedeutung sind, hinzugezogen werden und daß ihnen ausreichender Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten, Sitz und Stimme in den Wohlfahrts-, Jugend-, Arbeits-, Wohnungs- und Mieteinigungsämtern eingeräumt wird. Sie fordern u. a. weiter, daß bei der Veranlagung aller steuerbaren Einkommen und Vermögen auf die Zahl der Familienmitglieder mehr als bisher Rücksicht genommen und daß das Gesetz über die beschäftigten Schwerbeschädigten sinngemäß auf die Kinderreichen angewandt werde, ferner, daß sie vom Schulgeld befreit werden und Lehrmittel kostenlos geliefert erhalten, sowie Herabsetzung der Eisenbahntarife für Kinderreiche.

Provinz und Nachbarländer.

Gegen eine bürgerliche Einheitsliste.

† **Halle.** In einer Versammlung des Ortsvereins der Deutschen Volkspartei wurde die Beteiligung an einer Einheitsliste des Bürgertums für die Stadtverordnetenwahlen gegen eine geringe Minderheit abgelehnt. Damit dürften die Bestrebungen des Halleschen Bürgervereins endgültig gescheitert sein. Maßgebend für die Stellungnahme der D.V.P. sind angeblich die schlechten Erfahrungen, die 1921 in Lübeck mit einer Einheitsliste gemacht worden sind.

Das Milliardendefizit der Stadt Halle.

† **Halle.** Der Magistrat der Stadt Halle legt jetzt der Stadtverordnetenversammlung den Haushaltsplan für 1923 vor. An Einnahmen sind 44 783 868 000 *M*, an Ausgaben 46 583 868 000 *M* festgesetzt. Es bleibt danach ein ungedeckter Fehlbetrag von 1,8 Milliarden Mark übrig.

Eine Lohnsummensteuer in Eilenburg.

† **Eilenburg.** Dem Beispiele der Stadt Merseburg folgend, hat der Magistrat den Stadtverordneten die Einführung einer neuen Gewerbesteuer vorgeschlagen. Auf Antrag wurde der endgültige Beschluß ausgesetzt, um noch einmal mit den Steuerpflichtigen Fühlung zu nehmen.

Raubüberfall.

† **Delitzsch.** Ein Raubüberfall wurde dieser Tage in den ersten Nachmittagsstunden zwischen Hohenleina—Crostitz verübt. Um diese Zeit fuhr der Sohn Erich des Fleischermeisters Schiller aus Delitzsch mit dem Rade diese Straße entlang. Plötzlich sprangen aus dem Getreidefelde drei Männer, von denen einer den jungen Schiller vom Rade schlug. Hierdurch war der Überfallene bewußtlos geworden, und als er späterhin wieder erwachte, vermißte er seine Brieftasche mit einem geringen Geldbetrage. Auch das Fahrrad hatten die Räuber mitnehmen wollen, sind vermutlich aber gestört worden und haben es deshalb im Stiche gelassen, denn es wurde fast 400 Meter vom Tatort aufgefunden. Der Überfallene, der eine nicht unerhebliche Kopfwunde davontrug, wurde in Mocherwitz verbunden und konnte dann seinen Heimweg allein fortsetzen.

Blutige Zusammenstöße mit Wilderern.

† **Worbis (Eichsfeld).** In Wehnde bei Worbis hatte der Jagdpächter des Gemeindewaldes einen Zusammenstoß mit Wilderern. Von beiden Seiten wurde geschossen. Dabei wurde ein Wilderer schwer verwundet. Der Pächter holte Hilfe aus der Gendarmerie. Als aber die Beamten auf dem Kampfplatz eintrafen, ergab sich, daß auch die Wilderer Verstärkung bekommen hatten. Es folgte nun ein Feuerkampf, in dessen Verlauf es den Wilderern gelang, zu flüchten und ihren verwundeten Genossen mitzunehmen. Der Verwundete, ein Arbeiter namens Kaufmann, wurde aber hernach im Krankenhause zu Duderstadt festgestellt.

† **Sondershausen.** Der Jagdpächter Dr. Hoffmann aus Erfurt stieß auf seiner Jagd bei Sondershausen mit 2 Wilderern zusammen, die sofort Feuer gaben. Dr. Hoffmann, dem die Kugeln am Kopfe vorbeigingen, schoß gleichzeitig und traf den einen der Wilderer in den Unterleib. Der Wilderer blieb schwerverletzt liegen; er wurde als der Landwirt Edmund Schlegel aus Immenrode festgestellt, den eine unbezähmbare Jagdleidenschaft zum Wilddieb gemacht hat. In seiner Begleitung befand sich sein Sohn.

Das sechste Todesopfer der Leipziger Unruhen.

† **Leipzig.** Der durch einen Bauchschuß bei den Unruhen in voriger Woche verletzte Schneider Hermann Junge ist im Krankenhaus St. Jakob seiner Verwundung erlegen. Der Verstorbene war Mitglied der KPD. — Wie erst nachträglich bekannt geworden ist, ist auch der Leipziger Lyriker und Schriftsteller Paul Grotowsky ein Opfer der Unruhen in Leipzig geworden. Ohne den geringsten Anlaß wurde er von einigen Burschen rücklings zu Boden gerissen, so daß er auf das Steinpflaster aufschlug. Er erlitt eine erhebliche Kopfverletzung, die ärztliche Hilfe erforderte.

Kleine Rundschau.

In den Prisserschen Tannen in Dannenberg fand man vierzehn Tage alte Zwillinge von ihrer Mutter ausgesetzt. — Auf dem Vitathumschachte in Molmeck wurde der 56jährige Bergmann Gotlieb Behrend von dort durch eine unvorhergesehene Dynamitexplosion schwer verletzt. Man schaffte ihn ins Hettstedter Krankenhaus.

† **Jena.** In einer der letzten Nächte wurde in eine hiesige optische Handlung ein Einbruchsdiebstahl verübt, wobei dem Diebe Waren im Werte von etwa 25 Millionen Mark in die Hände fielen. Es wurden u. a. gestohlen: zwei Zeiß-Mikroskope (Nr. 150 049 und 146 626) nebst Zubehör, ohne Kassetten, ein Zeiß-Schulmikroskop, fünf Zeiß-Feldstecher, Theater- und Jagdgläser verschiedener Firmen, eine Stoppuhr, Rechenschieber, Reißzeuge, Lorgnetten, Brillen, Klemmer, Kompasse, Lupen, Barometer und vieles andere.

Merseburg und Umgegend.

13. Juni.

Wichtige Änderung im Fahrplan der Überlandbahnen.

Nachdem die Reichsbahn vom 1. Juni an einen Theaterzug von Halle nach Merseburg um 11,40 Uhr abends ab Halle eingelegt hat, ist ein Bedürfnis für den an Sonntagen von der Überlandbahn eingerichteten Durchgangszug 11,20 ab Halle nach Merseburg nicht mehr vorhanden. Dieses hat sich auch an den letzten Sonntagen gezeigt, obwohl der bisherige Zuschlag von 50 Prozent aufgehoben worden ist. Die Überlandbahn hatte seinerzeit trotz erheblicher Kosten den besonderen Nachtzug im Interesse der Einwohnerschaft Merseburgs eingeführt, um den Spätverkehr (Theater, Konzerte, Gesellschaften) zu erleichtern. Letzteres wird durch den Reichsbahnzug nunmehr vollkommen erreicht, weshalb vom nächsten Sonntag an der Überlandbahn-Durchgangszug nicht mehr fahren wird. Der bisher gleichzeitig abgelassene gewöhnliche Überlandbahnzug 11,20 ab Halle, an Merseburg 12,10, wird aber nach wie vor weiter verkehren. Auch für diesen Zug ist der früher erhobene Zuschlag von 50 Prozent in Fortfall gekommen.

*

** **Die Schweinehaltung** ist in unserer Stadt erheblich zurückgegangen. Die Zählung am 1. Juni ergab in 722 Haushaltungen 1518 Schweine, während im Vorjahre in 812 Haushaltungen 1615 Tiere gezählt wurden.

** **Tariferhöhung.** Mit Rücksicht auf die weitere Geldentwertung und auf die Abrundung des Geldbetrages wegen Mangel an Kleingeld ist der Tarif für die Fähren und Übersetzstellen an der Saale, Unstrut und Mulde im Regierungsbezirk Merseburg vom Regierungspräsidenten insofern neu festgesetzt worden, daß für eine Person einschließlich der Traglast vom 9. d. M. an 50 *M* zu entrichten sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230613-17/fragment/page=0002
DFG

** **Erhöhung der Versicherungsgrenze.** Infolge der Geldentwertung sind die Grenzen für die Versicherungspflichtigen in der Angestellten- und Krankenversicherung erneut erhöht worden. Vom 1. Juni d. J. gilt als Grenze der Versicherungspflicht für Angestellte ein Jahresverdienst im unbesetzten Deutschland von 18 Millionen Mark, im besetzten Gebiet, im Einbruchsgebiet und anderen Gebieten mit besonderen Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge 22,5 Millionen. Bei der Krankenversicherung wird die für die Versicherungspflicht der Beamten, Angestellten usw. maßgebliche Verdienstgrenze auf 9 720 000 *M* festgesetzt. Dasselbe gilt für die hinsichtlich der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden maßgebende Einkommensgrenze. Entsprechend werden die Lohnstufen und Grundlöhne ergänzt. Die Regelung tritt mit dem 18. Juni in Kraft. Im besetzten Gebiet wird die Versicherungsgrenze auf 12 150 000 *M* festgesetzt, gleichfalls ab 18. Juni.

** **Treibt Gehsport!** In dem Bestreben, „zur Natur zurückzukehren", hat man sich in neuerer Zeit auch dem „Gehsport" wieder zugewendet. Das ist sicher auch der vernünftigste Sport. Man hat keine Anschaffungs- und Reparaturkosten, wie bei Fahrrädern, Autos oder gar Luftschiffen, man kann sich überallhin bewegen und braucht sich nicht an die Fahrstraßen und ausgetretenen Wege zu halten, man hat einen ganz anderen herrlichen Genuß bei dem Wandern von Ort zu Ort inmitten immer sich verändernder landschaftlicher Bilder, man lernt unterwegs die Natur in ihren kleinsten Teilen kennen: Vöglein und Insekten, Blumen aller Art, dazu die Menschen klein und groß, die hunderterlei interessanten Formen der menschlichen Behausungen und der abseits gelegenen Dörfer — kurz, es ist etwas Schönes um das Wandern, um den Gehsport. Der oft gehässige Ehrgeiz, es andern zuvorzutun, Hals und Beine zu riskieren, alles das fällt ebenfalls fort, und dabei — welche ausgezeichnete Wirkung hat das planmäßige Gehen für die Gesundheit! Der Blutumlauf wird energisch angeregt, die Lungen geweitet, die Muskeln angestrengt, der Stoffwechsel wird gefördert, der Körper abgehärtet, das Gemüt erheitert, man huldigt der Mäßigkeit, und todmüde begibt man sich in einen gesunden traumlosen Schlaf. Möchten doch recht viele an ihren freien Sonntagen, in ihren Ferien dem neuen Gehsport huldigen!

** **Platindiebe** suchten in der letzten Nacht die Engelhardt-Brauerei heim und untersuchten die Blitzableiterspitzen nach dem wertvollen Metall. Leder sind sie unerkannt entkommen.

** **Für arme alte Leute.** Dem städtischen Wohlfahrtsamt sind von der bekannten Wohltäterin wiederum 100 000 *M* für arme, alte Leute überwiesen worden. Möge auch diese Spende in weiten Kreisen der Bevölkerung zur Nacheiferung anspornen.

** **Vom Merseburger Rentnerbund.** Über freundliche Liebesgaben habe ich wieder zu berichten. Von Karow kamen 6000 *M*. Fr G. in Neu-Rössen spendete 20 000 *M*. Martha Siegl in Helsingfors in Finnland stiftete 25 000 *M*. Weitere gütige Gaben werden vom 1. und 2. Vorsitzenden des Rentnerbundes Brühns und Schwickert, Weißenfelser Straße 19 und Burgstraße 8 entgegengenommen und in der Stadtsparkasse auf Girokonto 724. Jede Gabe ist willkommen. Allen lieben Gebern sei herzlichster Dank gesagt. Schw.

** **Für das Kinderfest** gingen in unserer Geschäftsstelle ferner ein: Bernh. Taitza 50 000 *M*, Baumann sen. 5000 *M*. Gesamtsumme 60 000 *M*. Wer hilft weiter, den Kindern eine Freude zu bereiten?

** **Einbruchsdiebstahl im Heimatmuseum.** In der Nacht vom Montag zum Dienstag haben Diebe dem Heimatmuseum im Kloster einen Besuch abgestattet. Sie sind vermutlich mit Nachschlüsseln eingedrungen. Die Einbrecher zertrümmerten die Scheibe eines Münzkastens und raubten alte römische Münzen, die einen erheblichen Altertumswert haben.

** **Der Verein der Ostmärker** hielt am Montag im „Strandschlößchen" seine Monatsversammlung in Form eines Familienabends ab, der sehr zahlreich besucht war. Geschäftlich wurde nur mitgeteilt, daß den Mitgliedern Gelegenheit geboten sei, sich am 8. Juli d. J. an einer Fahrt nach Eisenach zur Besichtigung der Wartburg zu beteiligen. Anmeldungen hierzu nimmt Herr Idzikowski bis zum 18. d. M. entgegen. Nach Erledigung dieser Frage sorgten Vorträge ernsten und heiteren Inhalts dafür, daß rasch eine gemütliche Stimmung Platz griff, die noch erhöht wurde, als die jederzeit hilfsbereite Hauskapelle sich erbot, zu einigen Tänzen aufzuspielen, wodurch sie sich, wie immer, besonderen Dank erworben hat.

** **Mandolinen-Verein.** Anläßlich der Bannerweihe des Mandolinen-Klubs Könnern a. S. fand am vergangenen Sonntag ein Wettspiel statt, zu welchem die zum Gau Mitteldeutschland gehörigen Mandolinenvereine eingeladen waren. Der Mandolinen-Verein Merseburg erwarb sich dabei unter Leitung des Bundeslehrers Hubert König den ersten Preis, während der Jugendabteilung, die ebenfalls unter Leitung des Bundeslehrers König auftrat, ein Trostpreis zuerkannt wurde. Dies ist ein erfreuliches Zeichen für die Hebung der Volksmusik in unserer Stadt.

*

Das Amtsblatt der Stadt Merseburg

bringt in der heutigen Ausgabe die Gewerbesteuerordnung, die Zahlung der Lohnsummensteuer, eine Polizeiverordnung über das Betreten der Feldmarken und einen Hinweis auf die Verkaufsvermittlungsstelle für Gegenstände aus Privatbesitz.

*

Schlechtes Markenbrot!

Von einem Bäckermeister wurde uns eine Probe des vom Kommunalverband den Bäckern zum Verbacken gelieferten Mehles übersandt, das eine dunkle Färbung aufweist. Das aus diesem Mehl hergestellte Brot muß naturgemäß recht dunkel ausfallen. Nun ist zwar die Färbung nicht ausschlaggebend für Geschmack und Bekömmlichkeit, aber leider gibt, wie uns von seiten der Bäcker mitgeteilt wird, das Brot zu Befürchtungen für die Gesundheit Anlaß. **Es muß daher unbedingt gefordert werden, daß das Mehl auf seine Genießbarkeit genau untersucht wird und, falls sich die Schädlichkeit herausstellt, mit allem Nachdruck gegen die für die Lieferung verantwortlichen Stellen eingeschritten werden.**

Die Volksgesundheit ist das höchste Gut einer Nation!

*

Neue Löhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Nach einem am 12. Juni gefällten Schiedsspruch werden die Löhne im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ab 15. Juni um durchschnittlich 13 000 *M* erhöht. Die Erhöhung beträgt für die Reviere Forst und Oberlausitz sowie für die Gewerschaft Gustav 92 Prozent und für die übrigen Randreviere 90 Prozent hiervon. In die gesamte Erhöhung ist eine Erhöhung der sozialen Zulagen einbegriffen, die prozentual genau so erfolgt wie die der Löhne.

*

Witterungsumschlag in der Junimitte.

Der Witterungsverlauf der Frühlingsmonate hat uns durchaus anormale Niederschlagsverhältnisse gebracht; die namentlich im Mai und der ersten Juniwoche auch von ungewöhnlich kühlen Temperaturen begleitet waren. Mit Besorgnis hat man in weiten Kreisen in den letzten Wochen diese Entwicklung der Witterung verfolgt, und immer größer werden die Befürchtungen für die mit fortschreitender Jahreszeit in den Vordergrund tretenden Sommerreisepläne.

Die Frühlings- und Vorsommerepriode ist Übergangsjahreszeit. In ihr kann man noch nicht den ausgesprochenen Witterungscharakter erwarten, der auch für die folgenden, eigentlichen Sommermonate maßgebend ist. Kälterückfälle treten erfahrungsgemäß im Mai und namentlich in der ersten Junihälfte alljährlich mit ziemlicher Regelmäßigkeit auf. Von eigentlicher Maikälte sind wir zwar in diesem Jahre verschont geblieben, aber immerhin hat man die Unfreundlichkeit der Witerung in den letzten Wochen als eine Auswirkung der Kälterückfälle zu betrachten, die in diesem Jahre an Intensität zwar schwächer, an Dauer aber um so beharrlicher aufgetreten sind, so daß die normalen Einzelrückfälle des Mai und der ersten Juniwochen sich zu einer einheitlichen langen Kälteperiode in Form einer Vorsommerregenzeit zusammengeschlossen haben.

Die Ursache dieser Frühlings- und Vorsommerkälte liegt in dem thermischen Gegensatz zwischen Land und Wasser, der sich in der Übergangsjahreszeit infolge der ungleichmäßigen Erwärmung ausbildet. Das Meer ist in dieser Jahreszeit relativ kalt gegenüber dem sich schnell erwärmenden Land. Die Gegensätze müssen in diesem Jahre besonders stark gewesen sein. Dies ergaben auch die Beobachtungen, die vom Nordmeer, namentlich von Grönland, und von den russischen Gebieten vorlagen. Schon von Ende Mai sei ein Tag als Beispiel angeführt, der als typisch für die ganzen letzten Wochen anzusehen ist und an dem Temperaturen von —11 Grad an der Ostküste von Grönland und 0 Grad auf Island, Temperaturen von 20 Grad Wärme und mehr im mittleren Rußland sich gegenüberlagen. Derartige Gegensätze lösen sich in unserem Gebiet stets durch regenreiche Kälteeinbrüche aus. Die tiefen Temperaturen in dem arktischen Gebiet von Grönland und Island sind der Rest der Nachwinterkälte, die bei uns nach einem eigentlich milden Winter noch Ende Februar und im März eingetreten ist.

Die Folgezeit wird einen teilweisen Ausgleich dieser Gegensätze bringen. Der letzte Frühlingskälterückfall erreicht mit großer Regelmäßigkeit um die Junimitte sein Ende. Dies ist auch der Termin, von dem an sich erst bei uns der eigentliche Sommercharakter der Witterung entwickelt. Er bedeutet entweder den Anfang des gefürchteten kühlen, regnerischen Sommers, oder den Beginn des eigentlich warmen, erwünschten Sommerwetters. Nach den vorausgegangenen Witterungsverhältnissen, namentlich nach dem Charakter des vergangenen Winters, ist es nicht wahrscheinlich, daß der diesjährige Sommer seinem verregneten Vorgänger im vergangenen Jahre gleichen wird. Vielmehr ist anzunehmen, daß mit Abschluß der Übergangszeit den das Ende des Junikälterückfalls gewöhnlich um die Mitte des Monats bildet, sich auch bei uns das normale, warme Sommerwetter einstellen wird.

So unangenehm für den einzelnen die Vorsommerregenzeit auch ist, so ist sie doch von enormer volkswirtschaftlicher Bedeutung, indem regenreiche Frühjahrsmonate gewöhnlich eine ertragreiche Ernte zur Folge haben.

*

Schont die Getreidefelder!

Die Besitzer von landwirtschaftlichen Grundstücken in der Nähe von Städten, aber auch in der Nähe von industriellen Unternehmungen haben stets unter dem Übelstande zu leiden, daß Kinder in den Getreidefeldern spielen oder Hunde sich darin balgen und, um vielleicht ein Blümchen darin zu pflücken und es wieder achtlos wegzuwerfen, Gänge getreten werden und das Getreide verwüstet wird. Dieser Übelstand in früheren Jahren wird jetzt in dieser ernsten Zeit, in der wir leben, immer mehr zur Gefahr, indem es gilt, jeden Halm zu schonen und uns vom Auslande unabhängiger zu machen, dazu müßte jeder beitragen. Namentlich aber Eltern und Lehrer werden gut tun, den Kindern immer wieder eindrücklichst einzuschärfen, sich dieser Unart zu enthalten. Hundebesitzer mögen ihre Hunde in der Nähe derartiger Grundstücke an der Leine führen. Eine Schonung der Getreidefelder ist in dieser ernsten Zeit besonders nötig, viele der zertretenen Halme werden dadurch unserm Volke erhalten.

*

Tageskalender.

Mittwoch, 13. Juni.

Balalaika-Konzert bei Beth. — Künstler-Konzert im Park-Café. — Monatsversammlung des Butab. — Ball in der Funkenburg.

Donnerstag, 14. Juni.

Theater-Verein: Minna von Barnhelm. — Gesellschaftsabend bei Beth. — Mitgliederversammlung des Ev. Männer- und Jugendvereins. — Monatsversammlung des G.D.A.

Täglich:

Konzert im Café Beth.

*

Wetterwarte.

V. W. am 14. 6. (Donnerstag): Abwechselnd heiter und wolkig, ziemlich kühl, vereinzelte Regenschauer, windig. — 15. 6. (Freitag): Trocken, etwas wärmer, vielfach heiter.

Für Rhein und Ruhr!

Gelegentlich der am 30. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Land wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die heute in Merseburg versammelten Mitglieder des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Land rufen angesichts der großen Not unserer Volksgenossen im Ruhr- und Rheingebiet hiermit Frauen und Mädchen von Merseburg-Land dringend auf, **in der Arbeit zur Linderung der Not im Westen ja nicht zu erlahmen und Beiträge zum deutschen Volksopfer fortgesetzt zu leisten.**

*

In unserer Geschäftsstelle gingen ferner ein: Fleischermeister Baumann sen. 5000 *M*. **Gesamtsumme 5 688 782 *M*.**

Neu-Rössen und Zweckverbands-Gemeinden.

× **Neu-Rössen**, 13. Juni. Turn- und Sportplatzweihe. Am Sonnabend findet die Einweihung des neugeschaffenen Sportplatzes des Turn- und Sportvereins Neu-Rössen statt. Am Vorabend findet ein Festkommers auf dem Platze statt. Am Sonntag vormittag um 8 Uhr beginnen die Wettkämpfe der jugendlichen Turner. Nachmittags ½2 Uhr marschiert der Festzug von der Kolonieschule zum Festplatz, wo ½3 Uhr der Weiheakt vor sich geht. Schau- und Werbeturnen sowie Wettspiele schließen sich an. Um 7 Uhr abends werden die Siegernamen verkündet. Am Montag abend, 6 Uhr, schließen turnerische Vorführungen und Volksbelustigungen das Fest. — Hoffentlich macht auch der Wettergott ein freundliches Gesicht.

§ **Aus der Elster- und Luppenaue**, 13. Juni. Die Rehbockjagd ist seit Mitte Mai eröffnet; deshalb sah man unsere Jäger mit Büchse und Rucksack ausgerüstet, sich nach ihrem Revier begeben, um hier auf der Pirsche oder auf Anstand dem edlen Waidwerk obzuliegen. Im allgemeinen fällt die Jagd im hiesigen Auengelände gering aus, da der Rehstand durch den strengen schneereichen Winter 1916/17 und die Wilddiebereien stark gelichtet worden ist. Nur vereinzelt ist hier und da ein Bock erlegt worden, denn das Rehwild bedarf hier besonderer Schonung, wenn es sich wieder auf einen normalen Stand heben soll.

§ **Aus dem Elstertale**, 13. Juni. Auf den Feldern sind die Hackfrüchte ins Kraut geschossen, das Getreide hat zu blühen begonnen und wird gegen Ende des Monats hin seinen Ausreifeprozeß durchmachen. Besonders aber üppig entwickelt haben sich alle Kleearten, Esparsette, Luzerne, Dreiblatt, so daß der lange ersehnte Wunsch unserer Landwirte, dem Viehstande Grünfutter, das zur Milchgewinnung der Rinder wesentlich beiträgt, aber auch den Pferden sehr zuträglich ist, reichen zu können, jetzt erfüllt werden kann, indem der erste Kleeschnitt begonnen hat. Das Futter ist üppig und reichhaltig gewachsen und die ausgiebigen Niederschläge berechtigen zu der Erwartung, daß auch der Nachwuchs für den zweiten Schnitt befriedigend gedeiht. Zum Teil wird auch der erste Schnitt zum Trocknen abgemäht und auf Reiter gebracht, um als Dauerfutter Verwendung zu finden.

§ **Schkeuditz**, 13. Juni. Dienstag mittag entstand im Hause Schulstraße 2 ein Stubenbrand. Auf den Ofen zum Trocknen gelegte Kräuter waren in Brand geraten. Nachbarn löschten die Flammen, ehe weiteres Unheil angerichtet wurde.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Mücheln**, 13. Juni. Das Kreisjugendtreffen in Querfurt am Sonntag wurde auch von den Turnvereinen unserer Gegend sehr stark besucht. Die Veranstaltungen begannen mit einem Dreikampf, bestehend aus 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen und Stabhochsprung. Man konnte hier ganz ausgezeichnete Einzelleistungen beobachten. Besonders hervorzuheben ist der Lauf des als Gast beteiligten Turners Schulz-Querfurt, der die Strecke auf der nicht einwandfreien Bahn in der guten Zeit von 11,1 Sek. lief. Derselbe Turner ist aus dem Dreikampf auch als Sieger hervorgegangen, doch konnte er den Wanderpreis nicht erhalten, da er sich nur als Gast an den Wettkämpfen beteiligte. Nach der Austragung des Dreikampfes zeigte der Radfahrerverein Oberwünsch radsportliche Vorführungen, die von großer Gewandtheit zeugten. Ab 12 Uhr fanden Schlagballwettspiele statt. Der Geländelauf über 4 Kilometer ergab Cyliar vom VfL. als Sieger. Nach dem Laufe hielt Landrat v. Krause eine kurze Ansprache an Turner und Turnerinnen, in der er auf die Wichtigkeit der Leibesübungen hinwies. Gesunde, sittlich hochstehende Menschen würden dadurch herangezogen, auf deren Schultern das Vaterland fest gestützt sein wird. Redner schloß mit einem Heil auf die Turn- und Sportbewegung und nahm dann die Preisverteilung vor. Die Preise bestanden, mit Ausnahme des wertvollen Wanderpreises (silberner Pokal), aus dem schlichten Eichenkranz. In der Siegerliste sind vertreten: Jugendliche Turner, 15 und 16 Jahre alt: 2. Artur Lützkendorf, Tv. Gröst, 53 Punkte; 17 und 18 Jahre alt: 1. Hugo Wölbling, Tv. Gröst, 37 P., 2. Walter Lauch, Tv. Mücheln, 35 P., 4. Richard Wolf, Tv. Mücheln, 35 P.; Knaben, 11 und 12 Jahre alt: 1. Otto Gerhardt, Crumpa, 54 P., 3. Karl Kramer, Tv. Mücheln, 49 P., 5. Fritz Stempfli, Tv. Gröst, 48 P.; 13 und 14 Jahre alt: 2. Kurt Marx, Crumpa, 51 P., 3. W. Blauschedt, Neumark, 44 P. — Im Geländelauf: 3. Fritz Burlan, Spielvgg. Neumark, 4. Paul Anton, Tv. Mücheln, 5. Walter Lauch, Tv. Mücheln. — Die Damen der Spielvereinigung Neumark führten noch ein Handball-Propagandaspiel vor. Die Müchelner Wandervögel spielten auf „Freilichtbühne" lustige Schwänke von Hans Sachs. Volkstänze und andere turnerische Spiele wechselten in bunter Folge. Ein Fußballwettspiel zwischen Neu-Rössen II und Querfurt II endete mit 0:3 für Querfurt. Den Abschluß des Tages bildete ein Lichtbildervortrag von Studienrat Dr. Gliche-Halle, der die Zuhörer durch die schönsten Gaue Deutschlands führte und reichen Beifall fand. Der nächste Jugendtag soll am 2. Sonntag im Juni 1924 stattfinden.

Devisenkurse.

mittags 1 Uhr	13. 6. 23 Mark (Geld)	12. 6. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	38300	32544
1 belgischer Frank	5400	4583
1 norwegische Krone	16200	13865
1 dänische Krone	17000	14950
1 schwedische Krone	26000	22119
1 italienischer Lire	4500	3855
1 Pfund Sterling	450000	382500
1 Dollar	**97500**	**83000**
1 französischer Frank	6250	5325
1 Schweizer Frank	17600	14923
1 tschechische Krone	2950	2478
100 polnische Mark	[illegible]	115½

Tendenz: steigend und schwankend.

Gerichtsverhandlungen.

Ein politischer Prozeß.

Vor der Braunschweiger Strafkammer stand am Montag eine Anklage wegen Paßfälschung gegen die Kommunisten Merges und Genossen zur Verhandlung. Die Angeklagten hatten in Braunschweig eine kommunistische Paßfälscherwerkstatt eingerichtet, um ihre Genossen mit falschen Ausweispapieren auszurüsten, damit diese sich leichter der polizeilichen Verfolgung entziehen können. Es ist festgestellt worden, daß Kommunisten mit solchen falschen Pässen auch nach dem Ruhrgebiet reisten, um dort mit den Franzosen in Verbindung zu treten und ihnen Hilfsdienste gegen Deutschland anzubieten. Solche Paßfälschungsstellen sollen sich auch noch in anderen deutschen Städten befinden. Die Sache kam an den Tag, indem der Mitangeklagte Schuhmacher Kegel sich des Besitzes falscher Ausweispapiere rühmte. Die Angeklagten sind uninteressante Personen, nur August Merges und Frau Faßhauer ragen über den Rahmen hinaus, wenn man wieder an die Revolutionstage zurückdenkt, wo Merges Staatspräsident von Braunschweig und Frau Faßhauer Kultusministerin von Braunschweig waren. In der Verhandlung verweigerten sämtliche Angeklagten bis auf den Schuhmacher Kegel die Aussagen. Aber auch die Aussagen dieses Angeklagten gegenüber seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter erschienen dem Staatsanwalt so zweifelhaft, daß er beantragte, die Verhandlung auszusetzen und diesen Angeklagten erst auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Verteidiger griff diesen Vorschlag auf und beantragte, die Angeklagten bis zur Wiederaufnahme der Verhandlung aus der Haft zu entlassen. Der Gerichtshof schloß sich diesen Vorschlägen an.

Vermischte Nachrichten.

Erfolgreiche Segelflüge in der Rhön.

Stamer startete bei böigstem Wind am Westhang im Flugzeug der Bremer Weltersegler-Gesellschaft. Er erhob sich dabei um 200 Meter über die Wasserkuppe, überflog sechsmal den Startpunkt und landete nach einem Kreisflug 300 Meter über Gersfeld glücklich nach 40 Minuten. Seine Fluggeschwindigkeit betrug zeitweise 100 Kilometer.

Die gestohlene österreichische Kaiserkrone.

Die in diesen Tagen in Paris erfolgte Verhaftung des ehemaligen Vermögensverwalters der österreichischen Kaiserfamilie, Steiner de Valmont, wird sehr bald zu einem interessanten gerichtlichen Nachspiel der österreichischen Kaisertragödie führen. Die Schweizer Behörden hatten die Verhaftung veranlaßt und die Auslieferung beantragt, nachdem Erzherzog Max als Vertreter der kaiserlichen Familie bei den Schweizer Gerichten den Nachweis geführt hat, daß Steiner seine Stellung mißbraucht hat, um den verstorbenen Kaiser systematisch auszurauben. Es ist festgestellt worden, daß Steiner, der ursprünglich vermögenslos war, mit den Geldern, um die er den Exkaiser betrogen hat, monatelang in der Schweiz ein luxuriöses Leben geführt hat. In den Akten gegen Steiner befindet sich unter anderem die Schilderung einer äußerst charakteristischen Szene. Eines nachts lief Steiner, stärkstens angezecht, in einem Züricher Hotel umher und trug auf seinem Kopf die Kaiserkrone des habsburgischen Hauses, aus der er allerdings bereits eine Reihe der wertvollsten Juwelen ausgebrochen hatte. Gleichzeitig hat sich Steiner noch wegen einer Reihe anderer Straftaten in der Schweiz zu verantworten, beispielsweise wegen mehrerer raffinierter Fälschungen, durch die er seinerzeit versuchte, den Verdacht der Schweizer Behörden wegen aller möglichen angeblichen Straftaten auf den Exkaiser selbst und auf dessen Berater, den Frankfurter Kaufmann Sondheimer, zu lenken. Die Schweiz hatte Steiner wegen dieser falschen Anschuldigungen, insbesondere gegen Sondheimer, die das Bundesgericht in Lausanne völlig haltlos befunden hat, in seiner Abwesenheit zu empfindlichen Geldbußen verurteilt, seiner bisher aber nicht habhaft werden können.

Anekdoten.

Altenberggeschichte. Er hieß, wie er ungern im Leben bekannte, eigentlich Richard Engländer. Eines Tages sitzt Peter Altenberg im Café Central, von seinen jungen Verehrern umgeben. Da kommt der Historiker Heinrich Fridjung vorbei, der Altenberg von Jugend auf gekannt hat. „Guten Morgen, Herr Engländer", sagt Friedjung in seiner breiten, langsamen Art. Altenberg starrt ihm wütend nach. Dann ruft er hinter ihm: „Elender Historiker."

(Aus Großmanns „Tagebuch".)

* **Die „Eroberung" einer Einzimmerwohnung.** Aus den Berichten der Wisner Blätter über Gerichtsverhandlung erfährt man von der Räumung einer Einzimmerwohnung durch ein Aufgebot von vierzig Feuerwehrleuten und vierzig Polizeibeamten, um eine zähe Mieterin aus ihrer Wohnung herauszubekommen. Vor dem Einzelrichter hatten sich zwei elegant gekleidete Frauen zu verantworten unter der Anklage der Amtsbeleidigung und des Widerstandes gegen eine Amtshandlung. — Frau Ottilie S., die Gattin eines Schlafwagenkellners, hatte nach langem Warten endlich eine Wohnung zugewiesen erhalten. Kaum hatte sie mit ihren zwei kleinen Kindern die kleine Wohnung bezogen, stellte es sich heraus, daß die Zuweisung durch das Wohnungsamt irrtümlich erfolgt sei. Nun erhielt Frau S. die Aufforderung, die Wohnung wieder freizugeben. Sie aber war entschlossen, sich nicht mehr aus dem einmal gewonnenen Heim heraustreiben zu lassen. Als schließlich der Räumungskommissar mit Hilfsbeamten erschien, drohte Frau S., sich mit ihren Kindern zum Fenster hinunterzustürzen oder sich die Pulsader zu durchschneiden. Ihre Freundin Rosa W. unterstützte sie in ihrer Verteidigung. Schließlich alarmierte der Kommissar die Feuerwehr, die über drei Höfe Sprungtücher spannte, um bereit zu sein, wenn Frau S. ihre Drohung, zum Fenster hinauszuspringen, wahrmachen sollte. Man brach die Wohnung auf. Frau S. soll in größter Erregung im Zimmer gestanden haben eine Hacke in der Hand, die man ihr entwand, ebenso mußte man ihr ein Küchenmesser entwinden, mit dem sie sich die Pulsadern aufschneiden wollte. Die Eindringenden wurden von ihr mit erregten Worten empfangen, dabei soll sie die Beamten beschimpft und beleidigt haben. — In der Beweisaufnahme stellte sich die Haltung der Frau S. viel weniger gefährlich dar, als die Anklage annahm. Frau S. hat übrigens später eine wesentlich größere Wohnung zugewiesen erhalten. Das Gericht nahm nur Amtsehrenbeleidigung an und verurteilte Frau S. zu 48 Stunden und ihre Freundin zu drei Tagen Arrest. Beiden wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugestanden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230613-17/fragment/page=0003

* **Aluminium als Münzmetall.** Als im Kriege, vor nunmehr etwa 6 Jahren, zum erstenmal Pfennige aus Aluminium geprägt und in den Verkehr gebracht wurden, hat sich gewiß niemand in Deutschland träumen lassen, daß es dereinst solche Münzen im Werte von Hunderten von Mark geben würde. Das Reich macht freilich mit diesem Geld aus Leichtmetall eigenartige Erfahrungen. Als wir noch die Goldwährung hatten oder uns das wenigstens einbildeten, wurde der Aluminiumpfennig als Kuriosum betrachtet und gesammelt, so daß er im Verkehr kaum je eine Rolle spielte. Dann kam die Papiergeldflut und schwemmte die letzten Reste unseres gemünzten Geldes hinweg, bis man sich endlich entschloß, an Stelle des aus dem Verkehr verschwundenen Silbergeldes größere Aluminiummünzen herzustellen. Von diesen war wirklich im Umlauf nur das Fünfzigpfennigstück; es verschwand aber, durch die fortschreitende Geldentwertung überholt, auch bald wieder in den Kästen der Sammelwütenden. Die Dreimarkstücke in Aluminium waren ihrem Nennwert nach schon bei der Ausgabe durch die Geldentwertung überholt, und wenn nicht alles trügt, wird es den neuen Zweihundertmarkstücken nicht anders gehen. Sie figurieren im Ausweis der Reichsbank zwar schon mit einer beträchtlichen Zahl von Milliarden; da man diese an sich sehr schönen und handlichen Münzen aber gleichfalls so gut wie nie zu Gesicht bekommt, so ist wohl der Schluß berechtigt, daß auch sie bisher fast völlig von den Sammlern gehamstert worden oder in den Westentaschen aufgespeichert sind. Geht das so weiter, so wird die Hartgeldfabrikation für die Reichskasse schließlich doch noch einmal zu einem Geschäft, allerdings nur dann, wenn der Nennwert der Münzen hoch genug ist, um neben den Herstellungskosten auch den Materialwert zu decken, was bisher durch die immer weiter fortschreitende Entwertung der Mark bereitelt worden ist.

* **Der Liebesroman einer Kuh.** Daß nicht nur der Mensch in Liebesdingen seinen Roman erlebt, sondern daß es in der Tierwelt auch nicht anders zugeht, dafür gibt das „Svenska Dagblad" einen köstlichen Beleg, der die Eheirrung einer Kuh behandelt. Sie gehört dem Gutsbesitzer Allmann in Menkßgaard im südlichen Holland und überraschte ihren Herrn im Sommer 1921 mit einem Kalb, dessen eigentümliches Aussehen so gar nicht zu dem Geschlecht der Mutter passen wollte. Darauf erinnerten sich Gutsleute eines galanten Edelstiesches, der im vorausgegangenen Sommer mit der Kuh im öfteren Liebes-Stelldichein gesehen worden war. Das anscheinend aus diesem Abenteuer entsprossene Kalb ist nach dem schwedischen Bericht, den Hauptmann a. D. v. Hendenlinden in „Wild und Hund" wiedergibt, ein buntes Tier weiblichen Geschlechts. Die Haare sind eigentümlich schwarzbraun, etwas krauß. Die Klauen gleichen denen der Mutter, aber die Beine sind schlanker als bei sonstigem Hornvieh. Die Augen sind sehr groß, während die Lichter der Ecke ziemlich klein sind. Der Kopf ist eigenartig geformt und die Zähne ganz anders als die beim Rind. Auch die Ohren gleichen nicht denen der Kuh. Mit dem Wachstum des Tieres zeigen sich die Unterschiede von der Mutter in immer stärkerem Maße. Das Kalb hält sich aber in seiner Umgebung wohl und zeigt keine väterlichen Anlagen für das Leben in der Freiheit. Soweit der Bericht, der die Möglichkeit eines Bastards zwischen Elch und Kuh dem Zoologen als ein wertvolles Forschungsobjekt unterbreitet.

* **Ein lokstpieslges „Sympathiemittel".** Aus Oedenburg (Ungarn) wird gemeldet: Auf dem in St. Niklas abgehaltenen Jahrmarkt kaufte die junge Gattin eines Babyter Landwirtes Geschirr im Werte von 68 000 Kronen und trug es heim. Sie heiste sodann den Bachofen, während sich ihr Gatte im Zimmer bei einer Flasche Wein unterhielt und Lieder sang. In der Stube lag eine Gräfin krank darnieder und stöhnte vor Schmerzen. Als der Backofen geheizt war, ging die junge Frau an das Kneten des Brotteiges. Der Gatte aber stürzte plötzlich aus dem Zimmer, zerschlug das neuerworbene Geschirr, sprang sodann gestiefelt in die Teigmasse und zerschlug auch die irdenen Milchkannen, die sich im Hofe befanden. Auf den Lärm wurden die Nachbarn aufmerksam und wollten einschreiten, doch wurden sie dahin aufgeklärt, daß das ganze Zerstörungsarrangement ein „Sympathiemittel" gewesen sei, um die im Bett liegende kranke Frau zu heilen. Dieser unsinnige Aberglaube, der der Kranken nicht die geringste Erleichterung brachte, kostete das Ehepaar etwa 100 000 Kronen.

* **Eine dreibeinige Gans.** Aus Wernsdorf wird berichtet: Bei einem hiesigen Gutsbesitzer wurde eine Gans mit drei Beinen ausgebrütet, die wohl und munter ist und auf drei Beinen, von denen sich das dritte am Hinterteil befindet, ganz gut laufen kann. — Ein begehrenswerter Weihnachtsbraten mit drei Keulen!

Lustige Ecke.

Schulze und Müller. Schulze: „Wat machen wir, wenn wie die Franzosen uff Flüjen über Deutschland erlappen?" — Müller: „Uff Lüjen über Deutschland? Det is ihr täglich Brot, und sein täglich Brot kannste keenen nehmen." — Schulze: „Ick rede ja von Flüjen mit'n f und nich von Lüjen aus'n ff!"

Furchtbar. „Denk dir nur, unsere Köchin hat Laugenessenz getrunken!" — „Aus unglücklicher Liebe?" — „Nein, aus einer Selterswasserflasche!"

Pech. A.: „Der Martens hat ja neulich einen Selbstmordversuch begangen, hörte ich erzählen." — B.: „Ja, er wollte sich vergiften. Da er aber farbenblind ist, trank er statt Blausäure Grünebreger und blieb so am Leben."

Über den Bremer. Erster Schusterlehrling: „Mein Meester hat jetzt, wo er soviel Geld verdient, ganz großartige Ideen im Kopp. Er will Pfingsten über'n Bremer fahren!" — Zweiter Schusterlehrling: „Det is doch wahrhaftig jarnischt, Ick fahre alle Dage über'n Bremer!"

Gut angedeutet. „Sie kennen doch den Herrn Pietsche, was ist das eigentlich für ein Mensch?"

„Das ist einer von der Sorte, die schnell nach dem Klaviersessel greifen, wenn ein schwerer Flügel vorzuschaffen ist."

Information. „König Salomo soll der weiseste Mensch gewesen sein, den es je gegeben hat."

„War das der König mit den tausend Frauen?"

„Ja, ganz richtig."

„Na, dann ist es ja kein Wunder, die haben ihn über alles auf dem laufenden gehalten."

Leitung: Franz Röhner.
Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Literatur: Franz Gomm für Provinz, Lokales, Volkswirtschaft, Vermischtes und Sport; Kurt Röhner für den Anzeigen- und Reklameteil. Sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ahmus, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 55.
Druck und Verlag der Firma Th. Röhner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Anzeigen.

Bürgerlichen Mittagstisch
Mälzerstraße 7.

Möbliertes Zimmer an älteren Herrn (Beamter in 40er Jahren, Post oder Bahn bevorzugt) zu verm. Miehler, A. d. Geisel 3, 3 Tr.

Sofort geg. gute Belohn. Jg. Mann, led. (Leunaw.) s. kl. möbl. Z. od. ant. Schlafst. Ang. unter 1598 an die Exp. d. Bl. erbeten.

1-2 leere Zimmer
von jung. Ehepaar gesucht. Ang. unt. 1597 a. d. Exp.

Sehr hohe Belohnung wer jungem kinderlos. Ehepaar ein leeres Zimmer nachweist oder abgibt. Ang. unt. 1598 an die Exp.

Wohnungs-Tausch
Sonnige, helle 3-Zimmerwohnung nebst Küche und Zubehör in Merseburg gegen größere oder gleiche zu tauschen gesucht. Angebote u. 1594 an die Exp. d. Bl.

Stall od. Schuppen
für sofort zu mieten gesucht. Angebote unter 1595 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gebr. Jagdgewehr
zu kaufen gesucht. Zu melden Gotthardstr. 7.

Frischmilchende Ziege, blaue Wiener und auch andere Kaninchen zu kaufen gesucht Friedrichstraße 18, im Farbengesch. Fr. Dietrich.

Neue braune Halbschuhe
(39) preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exped.

Cutaway mit gestreifter Hose, brauner und blauer Anzug, mittl. Figur, billig zu verk. Zu erfrag. in der Exped. d. Bl.

Wenig gebr. Anzug, grau, Gr. 1,70 sowie zwei Herrenhüte, Gr. 55 preiswert zu verkaufen Neumark Nr. 63.

Ein Photo-Apparat
9X12 mit Zubehör zu verkaufen Gotthardstr. 24, I.

Gelegenheitskauf!
Elegant. blauer, guterhalt. Kinderwagen, sowie ein Pferdewollach (Decke) fast neu, zu verk. Wo, s. d. Exp.

Gut erhaltener **Kinderwagen** zu verkauf. Z. erfr. i. d. Exp.

Motorrad
3½ PS., gut erhalten, 2 Gänge, Leerlauf, Sozius sitz, preiswert zu verkauf. Ang. unt. 1596 an die Exped.

Große **Kinderfesttrommel** zu verkaufen Kreuzstr. 5.

Kanarien-Hecke!
zu verk. Kleistr. 6, III, l.

Eine **tragende Sau** zu verkaufen oder **gegen Schlachteschwein z. tausch.** Nachfol, Gr. Ritterstr. 12.

Für die uns anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten danken herzlichst
Feuersozietäts-Obersekretär
Kurt Schlegel und Frau
Emmy geb. Wucherer.
Merseburg, den 12. Juni 1923.

Dank.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, des Landwirts
Julius Friedrich
sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Richard Friedrich.
Burgliebenau, den 13. Juni 1923.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben, unvergeßlichen, einzigen Söhnchens
Ottel,
unserer einzigen Hoffnung, können wir es nicht unterlassen, allen denen, die uns aufrichtige Teilnahme entgegen brachten, sowie denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlich zu danken. Besonderen Dank Herrn Pastor Heinicke für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe. Dank Herrn Lehrer Dorendorf mit seiner lieben Schuljugend für den erhebenden Trauergesang.
Zscherneddel, den 12. 6. 23.
In unsagbarem Schmerze:
Otto Kietz und Frau
nebst allen Angehörigen.

Von Freitag, den 15. d. M., steht wieder eine frische Auswahl prima junge, hochtragende und frischmilchende Altmärker

Kühe u. Färsen
preiswert zum Verkauf.
Willi Ziegenhorn, Schaffstädt. — Telephon 32.

Von Freitag, den 15. d. M., ab empfehle ich wieder einen großen Transport prima hochtragende und frischmilchende

Kühe mit Kälbern
schöne, tragende Färsen sowie auch gute **Zuchtbullen!** bestes Altmärker Milchvieh.
H. Heydenreich, Crumpa bei Mücheln.
Telephon Nr. 39. — Telephon Nr. 39.

Ich gebe äußerst preiswert ab:
Verzinkte Eimer (28 cm, 30 cm),
Stalleimer (Eiche, 32 cm),
5000 Stck. Rasierklingen,
Leuchter (weiß und bunt),
Emaille-Eimer (grau, 28 cm),
Waschbretter mit Zinkeinlage.
Richard Strobel, Halle a. S., Alte Promenade 12. Telephon Nr. 3078.

Turn- u. Sport-Verein Neuröffen
E. V. Gegr. 1919.
Am 16., 17. und 18. Juni 1923 findet unsere
Turn- u. Sportplatzweihe
verbunden mit **Schau- und Werbeturnen** statt.
16. 6. 1923 abends 7 Uhr **Festkommers** auf dem Platze.
17. 6. 1923 früh 9 Uhr **Wettturnen der Jugendlichen.**
17. 6. 1923 mittags ½ 3 Uhr **Weihekakt, Schau- und Werbeturnen, Spiele.**
18. 6. 1923 abends 6 Uhr **Turnerische Vorführungen, Volksbelustigungen.**
Wir laden hiermit Freunde und Gönner unserer Sache ein.
Der Festausschuß.

Unser täglich Brot
hat seit kurzem eine solch außerordentliche schlechte Beschaffenheit, die Unterzeichnete veranlaßt, da die Schuld stets den Bäckern aufgebürdet wird, folgendes zu erklären:
Die miserable Beschaffenheit des Mehles, welche nach Aussage der Müller auf die Beschaffenheit des von der Reichs-Getreidestelle gelieferten Roggens zurückzuführen ist und sich höchstens als Viehfutter eignen soll, macht es uns unmöglich, auch unter Hinzusetzung anderer Mehle einwandfreies Brot herzustellen.
Die Anbringung unserer Klagen an die Kreiskornstelle sind unseres Erachtens nach nicht mit dem nötigen Nachdruck bei der Reichs-Getreidestelle angebracht worden; das Korn ist einmal da und muß vermahlen und verbacken werden.
Wir bitten deshalb die Bevölkerung uns gegenüber um Rücksicht, ersuchen aber, unter wohlwollender Berücksichtigung der gänzlich unfähigen, Riesensummen verschlingenden Behörden sich noch kurze Zeit (bis zur Aufhebung der Zwangswirtschaft) gedulden zu wollen, wo dann Müller und Bäcker (nicht gehemmt durch Behörden und Verordnungen) alles tun werden, um endlich wieder gutes Brot herzustellen.
Interessenverband der Bäckermeister von Stadt und Kreis Merseburg.

Grubenkies und Sand
(ungesiebt)
zu Beton-, Mauer- und Pflasterarbeiten
gibt ab in Fuhren und Wagenladungen
Grube Emma b. Lützkendorf.

Moor-
bäder von ausgezeichneter Heilkraft bei Rheuma, Ischias, Frauenleiden. Ein Waggon echt Schmiedeberger Moorerde frisch eingetroffen.
Johannisbad, Tel. 576.

Achtung! Verkaufe ab heute:
Roggen- und Weizenstroh
(Ballen und Bündel) in großen und kleinen Mengen ab Güterbahnhof und Lager.
Otto Borghardt, Lager und Stand Rest. Finkenburg. Tel. 410.

Torfstreu in Ballen
schöne, trockene Ware, hat waggonw. täglich abzugeb. ab Grenzstationen u. ab Magdeburg
Erich Hoernecke, Magdeburg,
Biederstedtstr. 1a.
Fernsprecher 9370 — 9371 — 9372.
Torfstreu ist saugfähiger und doch ca. M. 12 000.— p. Ztr. billiger als Stroh.

Es steht fest,

dass es unter den vielen Schuhcremen nichts besseres gibt als
Nigrin.
Schwarz, braun, gelb u. weiß.

Suche Lagerschuppen!
möglichst mit Kontorraum.
Richard Strobel, Halle a. S., Alte Promenade 12. : Telephon 3078. :

Morgen frische **Rinds-Kaldaunen!**
B. Wiehe, Fleischermeister.

Ev. Männer- und Jugendverein e. V.
Donnerstag, den 14. Juni 1923
außerordentliche Mitgliederversammlg.!
Wahl des 1. Vorsitzenden. Verschiedenes.

G. D. A.
Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr
„Goldene Kugel"
Monats-Versammlung.

Beth's Gesellschaftshaus
Im Cafe täglich
die beliebte Haus-Kapelle.
Morgen, Donnerstag:
Gesellschafts-Abend.

Alleinstehende Frau (41 J. alt) sucht Stellung als
Wirtschafterin.
Zuschr. an Frau Emma Voigt, Weißenfels a/S. Kümmerei hölzchen 9.

Ein Kind als Eigen
abzugeben (Mädchen, 4 Wch. alt) Friedrichstr. 16, 2 Tr.

Suche zum 15. Juni d. J.
eine Verkäuferin.
Mattern, Bäckermeister, Obere Breite Straße 17.

Ordentl., zuverlässiges
Mädchen
für Gastwirtschaft
per sofort oder 1. Juli ges.
E. Blauschmidt, Geiselröhlitz b. Neumark, Bez. Halle.

Braves, ehrliches
Mädchen
für 15. Juni oder 1. Juli gegen hohen Lohn gesucht.
Frau Dr. Boelker, Neu-Röffen, Mittelstr. 4.

Aeltere
Aufwartung
für den ganzen Tag gesucht. Meldung erb.
Carl Stürzebecher
Burgstraße 24.

Großer, brauner
Hund zugelaufen!
Dörstewitz Nr. 1.

Regenmantel vertauscht
am Sonntag, den 10. Juni im Kurhaus Dürrenberg. Bitte umzutauschen am Sonntag, den 17. Juni, abends 7 Uhr am Büfett dortselbst.

Anzeigen für Schaffstädt und Umgegend.
Teleph. 74. Geschäftsstelle und Anzeigen-Annahme: Buchdruckerei O. Brünner in Schaffstädt. Teleph. 74.

Frischhalter „ZELBO"
ist der solideste und wirklich brauchbarste Konservierungsapparat auf dem Markte. Die Vacuum-Konservierungs-Apparate haben nach Jahren den Zweifel über ihre Brauchbarkeit überwunden.

Zelbo-Apparate sind eine wissenschaftliche u. technische Errungenschaft in der Volkswirtschaft.
Zelbo-Apparate verschließen und öffnen in Sekunden.
Zelbo-Apparate konservieren in richtiger Handhabung für dauernd.
Zelbo-Apparate ersparen das teure Heizmaterial und die kostbare Zeit.
Zelbo-Apparate sind durch angemeldetes Patent, Wortmarke, Warenzeichen und 18 Gebrauchsmuster geschützt und haben wesentliche neue Verbesserungen.
Allein. Fabrikant **Bruno Zirngiebel A.-G., Leipzig-Plagw.** Nonnenstr. 35/37. Tel. 40146. **Alleinverkäufer gesucht.**

Kleine Anzeigen haben den besten Erfolg im Merseburger Korrespondent.

Grasmäher
fabrikneu
Garbenbinder
Massey-Harris, wie neu, sofort vom Lager lieferbar
Drescher & Co., Halle a. S., Landwehrstr. 2. Tel. 6430.

Alle Formulare für den **Arbeitsbetrieb** u. die **Lohn-Buchhaltung** liefert schnell und preiswert Buchdruckerei Th. Röhner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230613-17/fragment/page=0004

„Culture"-Bilder aus dem Ruhrgebiet.

Die Wasserspülung.

Irgendwo ist eine nicht unbedeutende westfälische Kohle- und Eisen-Stadt zwischen Ruhr und Lippe. Von Mitte Januar 1923 an wird sie von einem Regiment französischen Fußvolks unsicher gemacht. Die Offiziere und sogenannte Ingenieure betätigen sich seitdem erfolgreich als Hausfriedensbrecher in dem Villenviertel am Rande des hübschen Stadtgartens. Die Mannschaften entziehen rund die Hälfte der auf das modernste eingerichteten Schulen ihrem Bestimmungszweck.

In diesen Schulen befindet sich natürlich auch eine Anzahl Räume, die aus nach deutschen Begriffen zwingenden Gründen mit Wasserspülung ausgestattet sind. Die Wasserspüleinrichtung war für die Söhne der — wenigstens ihrer eigenen heftigen Propaganda nach — führenden Kulturnation eine erschütternde Entdeckung, ein ungeahntes Wunder. Wo Wunder geschehen, benehmen sich auch weise Leute häufig wie Kinder; und Kindern gegenüber pflegt man Nachsicht zu üben. So lächelten denn die Einwohner von Irgendwo auch nur nachsichtig, als sie hörten, daß die französischen Soldaten die ihnen scheinbar vollkommen unbekannte sanitäre Einrichtung so oft und so lange ausprobiert hatten, bis sämtliche Wasserspülungen und die mit ihnen zusammenhängenden Trichter gebrauchsunfähig gemacht worden waren.

Der französische Komandant ist aber ein Mann, der die Bedürfnisse und Gewohnheiten seines Volkes von Grund auf kennt. Er ließ vor sämtliche Eingänge des Stadtparkes Schilder mit der Aufschrift hängen: „Eintritt verboten. Reserviert für Truppen." Dann wurde mitten in dem Park eine Reihe junger Erlen niedergeschlagen, eine Anzahl Ziersträucher ausgerissen und mit diesen Mitteln in ungestörter, schöner Umgebung eine prächtige Freiluft- und Freilicht-Latrine gebaut. Darauf können sich die Vorkämpfer der Kultur nun wie zu Hause fühlen.

Den Leuten von Irgendwo ist zwar das letzte Restchen von Grün genommen, das sie sich gerettet haben und in dem sie sich von dem Staub und der Gedrücktheit ihrer Arbeitsstätten zu erholen pflegen. Aber: c'est la guerre! Und dann: warum rüsten sie die gewissen Räume ihrer Schulen mit Wasserspülung aus?!

Der Badeofen.

Bei der Familie Irgendjemand hat sich einer der sogenannten französischen Ingenieure zwangseingelagert. Einige Wochen nach seinem Eindringen verlangt er abends für den folgenden Morgen ein warmes Bad. Frau Irgendjemand gibt Anweisung, die Badewanne halb mit kochendem Wasser zu füllen, damit der sehr verschlafene Herr Ingenieur, je nachdem er zum Baden erscheint, und in welcher Temperatur er zu baden wünscht, kaltes Wasser aus dem zweiten Kran des Badeofens nachlaufen lassen kann. Das Interesse der deutschen Hausfrau, dem Schlafburschen Gelegenheit zur gründlichen Reinigung zu geben, ist ja durchaus verständlich.

Wider Erwarten bezieht der Franzose pünktlich die Badestube. Erst nach fast einer ganzen Stunde räumt er sie wieder. Die Folgerung der Familie Irgendjemand, daß der Monsieur jedenfalls einige Luft gehabt habe, sich nach mehrwöchiger Enthaltsamkeit gründlich zu säubern, traf nicht zu. Die sofort vorgenommene Besichtigung der Badestube ergab, daß die Wanne immer noch nur zur Hälfte mit ungebrauchtem, zum Baden viel zu heißem Wasser gefüllt war. Der sogenannte Ingenieur erwies sich als ein Mensch mit derart geringem technischen Verständnis für die Konstruktion eines modernen Badeofens, daß er außerstande gewesen war, das notwendige kalte Wasser nachzufüllen!!

Deutscher Protest gegen die Frankenwährung im Saarlande.

Berlin, 12. Juni. (WTB.) Die deutsche Regierung hat an die Regierungskommission des Saargebietes eine Note gerichtet, in der sie wegen der Einführung des französischen Franken als des alleinigen Zahlungsmittels im Saargebiet protestiert. Die Note nimmt Bezug auf den deutschen Protest anläßlich der Verordnung über die Erhebung aller Gebühren im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr und die Zahlung aller Gehälter auf der Post und Telegraphenverwaltung in Franken und stellt fest, daß die neue Verordnung eine noch weit schwerere Verletzung des Versailler Vertrages darstellt. Die Regierungskommission sei nach dem System des Versailler Vertrages von der Verwaltung des französischen Staates schon scharf gesondert und könne daher aus eigenem vom französischen Staat eingeräumte Sonderrechte für sich nicht herleiten. Maßgebend bleibe vielmehr der erste Absatz des § 32 der Anlage zu Art. 45—50, der eindeutig zum Ausdruck bringe, daß der Frank im Saargebiet neben der gesetzlichen Währung lediglich ein geduldetes Zahlungsmittel sein soll. Eine Abschrift dieser Note ist dem Völkerbund zugestellt worden.

Kostenlose Totenbestattung.

Versicherung zur Verbilligung der Begräbniskosten. — Eine Begräbnissteuer in Greiz.

Schon im Januar d. J. hatten wir anläßlich eines Beschlusses der Stadt Schkeuditz auf Einführung der kostenlosen Totenbestattung darauf hingewiesen, daß diese Frage bei dem Notstande vieler Einwohner in allen Gemeinden gelöst werden müsse. Seit dem Januar haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert.

In anerkennungswerter Weise hat sich der Landrat des Landkreises Merseburg mit dieser Frage befaßt und sie einer Teillösung zugeführt, die als ein großer Fortschritt zu bewerten ist. In der Begründung der diesbezüglichen Vorlage für den letzthin stattgefundenen Kreistag wies Landrat Guske auf die wiederholten Beratungen des Kreisausschusses hin, die jedoch ohne ein praktisches Ergebnis geblieben sind. Landrat Guske hat sich dann mit dem Gedanken beschäftigt, eine allgemeine Sterbekassenversicherung für die Kreiseinwohner einzurichten. Aus dieser könnte dann in jedem Falle eine bestimmte Summe als Beihilfe für die Bestattung gewährt werden. Die Verhandlungen mit der Direktion der Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt haben jedoch ergeben, daß

eine Versicherung der gesamten Kreisbevölkerung ausgeschlossen

ist. Wenn nämlich alle Einwohner des Kreises bei der Lebensversicherungsanstalt versichert werden (Erwachsene mit 100 000 M und Kinder bis zu 7 Jahren mit 50 000 M), so würde hierfür jährlich ein Durchschnittsversicherungsbeitrag von 25 pro Mille für jeden Versicherten zu zahlen sein. Für die Sterbeversicherung der erwachsenen Bevölkerung würden also abzuführen sein jährlich 2500 M, für die gesamte Kreisbevölkerung käme danach ein Betrag von etwa 200 Millionen Mark in Frage. Die Höhe der Summe macht es zurzeit unmöglich, eine allgemeine Versicherung durchzuführen.

Darum hat der Kreistag auf Vorschlag des Landrates beschlossen, nur die **Rentenempfänger der Sozialversicherung, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Militärrentner, Kleinrentner, Personen die Wartegeld empfangen, und Personen in besonderer Notlage zu versichern.** Die geschätzte Zahl beläuft sich auf rund 7700 Personen. Die durchschnittliche Sterblichkeitsziffer betrug im Jahre 1921 1,099, 1922 1,036. Wenn man von diesem Ergebnis ausgeht, so würde mit einer jährlichen Sterblichkeitsziffer der hilfsbedürftigen Bevölkerung von 95 zu rechnen sein.

Die Form der Beihilfe müßte in eine dem wechselnden Geldwert angemessene Form gebracht werden. Der Kreistag hat sie auf das 40fache des Verkaufspreises eines Zentners Braunkohlenbriketts festgesetzt.

Zur Deckung der durch die Bestattungsbeihilfe notwendigen Aufwendungen wird eine besondere Kreisabgabe erhoben, die nachträglich auf die Städte und Gemeinden umgelegt werden soll. Widerspruch wird diese Form naturgemäß bei den Realsteuerpflichtigen finden, die dadurch belastet werden.

Durch diese Form ist einem großen Teil der älteren Personen die Sorge um den letzten Weg genommen worden. Zweckmäßig wäre eine

Ergänzung der Invaliden- und Altersversicherung,

die natürlich nur vom Reiche vorgenommen werden kann und die ohne Aufbau eines neuen kostspieligen Verwaltungsapparates durch einen Zuschlag zu den Versicherungsbeiträgen vorgenommen werden könnte. Vielleicht beschäftigen sich einmal die Reichsstellen mit dieser dringlichen Frage.

Die Stadt Greiz hat einen radikalen Weg gewählt, und

das Begräbniswesen in städtische Regie

übernommen und trägt die bei der Bestattung entstehenden Kosten. Die Tätigkeit der Stadt beschränkt sich auf das nowendige Maß und umfaßt folgende Leistungen: 1. die Anlegung und Verwaltung der Friedhöfe, einschl. der Errichtung und Unterhaltung der Leichenhallen; 2. die Leichenschau; 3. die Dienstleistung des Leichenwärters bezw. der Leichenfrauen; 4. die Beschaffung des Sarges und die Einsargung; 5. die Überführung der Leiche nach der Leichenhalle und zum Grabe; 6. die Bereitstellung der Leichenhalle zur Aufbewahrung der Leichen und Abhaltung von Trauerfeiern; 7. die Zuweisung, Herstellung und Schließung einer einfachen Reihengrabstelle; 8. die Beerdigung oder das Verbrennen der Leiche. Erfolgt die Bestattung nicht innerhalb des Stadtkreises Greiz, so trägt die Stadt nur diejenigen Kosten, die durch die Bestattung am Orte verursacht worden wären. Nimmt jemand die unentgeltlichen Sachleistungen ganz oder teilweise nicht in Anspruch, so wird ihm der entsprechende Kostensatz für diese Leistungen nach dem Goldstande des Zahlungstages in bar erstattet. Die Erledigung der erforderlichen Geschäfte erfolgt durch das Friedhofsamt.

Für die Vorhaltung der Bestattungseinrichtungen wird eine jährliche Gebühr erhoben, die in vier Raten fällig ist. Die Festsetzung erfolgt nach festen Sätzen durch den Stadtrat. Zahlungspflichtig sind die einkommensteuerpflichtigen Gemeindemitglieder.

Die Gebühr beträgt für ein Jahr ²/₃ Goldmark.

Es muß also in Greiz jeder eine Begräbnissteuer zahlen, dafür ist ihm die Sorge in einem Sterbefall in der Familie genommen. Naturgemäß lassen dauernde kleine Lasten sich leichter tragen als eine plötzlich eintretende ungeheure Belastung.

Auch die Stadt Merseburg wird sich mit dieser Frage beschäftigen müssen. Gm.

Wichtiges vom Tage.

Auf dem Tempelhofer Feld stürzte der Flugzeugführer Barth mit einem Segelflugzeug ab. Der Apparat wurde zertrümmert, der Pilot bewußtlos fortgetragen.

*

Der kommunistische Abgeordnete Josef Neuhäuser wurde gestern in Köln von der interalliierten Rheinlandkommission ausgewiesen.

*

Das persische Kabinett ist zurückgetreten.

*

Die gestern eröffnete Zeichnung auf die dritte Ausgabe der preußischen 5 prozentigen Kaliwertanleihe von 1923 ergab schon am zweiten Tage eine so starke Überzeichnung, daß das Bankenkonsortium sich veranlaßt sieht, die Zeichnung auf die dritte Ausgabe heute zu schließen. Jetzt noch eingehende Zeichnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

*

Der Reichstagsabgeordnete Höllein sollte, wie bereits gemeldet, in Freiheit gesetzt und über die Grenze geschafft werden. Während für die bisherige Verzögerung dieser Maßnahme nach dem „Matin" allein gerichtliche Formalitäten verantwortlich gemacht wurden, glaubt das Blatt zu wissen, daß infolge der Vorgänge in Dortmund die Regierung nunmehr die Absicht habe, den Abgeordneten Höllein bis auf weiteres festzuhalten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 13. Juni.

Im Reichstag herrscht zurzeit eine Stimmung wie zwischen zwei Schlachten. Man spürt das Herannahmen politischer Entscheidungen, zu denen auch das Parlament Stellung nehmen muß, und hat daher das Gefühl, daß die Tagesarbeit, die man zwischendurch erledigt, mehr Füllungsarbeit ist. Daher wurde es auch mit Recht von dem Abg. Leopold bemängelt, daß das Haus bei der gestern zu Ende gebrachten zweiten Lesung des Reichsknappschaftsgesetzes nur recht schwach besetzt war. Abg. Leopold hatte auch sonst noch manche Ausstellungen an der Vorlage und meinte im besonderen, daß die darin zugesagte 40 prozentige Invalidenrente einen so erheblichen Fortschritt bedeute, daß die hinzukommende Einführung einer Altersrente beinahe als Überspannung des sozialen Gedankens erscheine. Abg. Malzahn (Komm.) wies darauf hin, daß einzelne Knappschaftsvereine noch heute wegen ihrer schlechten Finanzlage Monatsraten von 16 M bezahlen. In der Einzelaussprache wurde ein Abänderungsantrag Hartleib (Soz.) mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die sozialistischen Parteien angenommen, was bei den letzteren einige Unruhe verursachte. Nach kurzen Weiterungen kam das Gesetz schließlich in dritter Lesung endgültig und bis auf Einzelheiten in der Ausschußfassung zur Annahme. Zu verhältnismäßig früher Stunde vertagte man sich dann auf Mittwoch 2 Uhr: Steuergesetze usw.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 24 — Mittwoch, den 13. Juni — 1923

Gewerbesteuerordnung der Stadt Merseburg.

Auf Grund der §§ 23, 28, 29, 31, 32, 69, 70, 77 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 wird zufolge Beschlusses der städtischen Körperschaften vom 30. Januar 1923 — V. 8063/22 — für die Stadt Merseburg folgende Gewerbesteuerordnung erlassen:

Punkt 1.

Vom 1. April 1923 ab wird von allen im Stadtbezirk Merseburg nach dem Kommunalabgabengesetz gewerbesteuerpflichtigen Betrieben eine Gewerbesteuer nach den Bestimmungen dieser Ordnung erhoben.

Punkt 2.

Die Besteuerung erfolgt auf der Grundlage des Ertrages, des Anlage- und Betriebskapitals und des Betrages der gezahlten Löhne und Gehälter.

Punkt 3.

Die Veranlagung der Gewerbesteuer erfolgt für jedes Steuerjahr durch den Magistrat unter Zuziehung eines Gewerbesteuerausschusses. Die Zusammensetzung des Steuerausschusses wird durch Gemeindebeschluß geregelt. Die Veranlagung erfolgt unter sinngemäßer Anwendung der für die Veranlagung zur Gewerbesteuer nach den §§ 17—24 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 geltenden Grundsätzen .

Punkt 4.

1. Die Höhe der Gewerbesteuer wird jährlich in Prozenten des Ertrages und der Lohnsummen festgesetzt. Die Prozentsätze, die vom Ertrage bezw. von den Lohnsummen erhoben werden, sollen im Verhältnis von 10 : 1 stehen, so daß, falls 10 % vom Ertrage erhoben werden, 1 % von den Lohnsummen zur Erhebung gelangt.
2. Betriebe, bei denen der jährliche Ertrag 200 000 M übersteigt, haben zu dem sich nach dem Ertrage berechnenden Betrage der Steuer einen Zuschlag zu zahlen, wenn der für ein Steuervierteljahr von ihnen zu entrichtende Steuerteil nach den Gehältern und Löhnen nicht 100 % des nach dem Ertrage veranlagten Steuerbetrages des ganzen Steuerjahres erreicht. Der Zuschlag ist gleich dem Unterschiedsbetrage, um den der virteljährliche Steueranteil nach den Gehältern und Löhnen hinter 100 % des jährlichen Steuerbetrages nach dem Ertrage zurückbleibt.
3. Der in dem vorhergehenden Absatz festgesetzte Verhältnissatz zwischen der Vierteljahressteuer nach den Lohnsummen und dem Ertrage beträgt bei Betrieben mit einem Ertrage über 300 000 M = 125 % und bei Betrieben mit einem Ertrage über 400 000 M = 150 %.

Punkt 5.

1. Betriebe, bei denen der jährliche Betrag 40 000 M nicht erreicht, bleiben von der Steuer, soweit sie nach dem Ertrage berechnet wird, frei.
2. Bei Betrieben, deren Inhaber in einem fremden Betriebe gegen Lohn beschäftigt ist, und ein Gewerbe nebenbei, sei es für eigene oder fremde Rechnung, ausübt, findet diese Vorschrift keine Anwendung. Die Freigrenze beträgt für diese Betriebe 1 500 M.

Punkt 6.

1. Die Steuer wird monatlich nach den Gehältern und Löhnen erhoben, welche von allen in hiesigen Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten in den einzelnen Kalendermonaten verdient worden sind.
2. Als Arbeitslohn im Sinne dieser Bestimmung gilt der Gesamtbetrag des in dem Betriebe gezahlten, dem Lohnabzugsverfahren gemäß § 45 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 und seinen Änderungen unterliegenden Arbeitslohnes, mit Ausnahme der im § 45 Absatz 2 a. a. O. erwähnten Bezüge (Ruhegehälter usw.).
3. Kann der Steuerpflichtige den Betrag der gezahlten Löhne und Gehälter nicht nachweisen, so erfolgt Schätzung durch den Magistrat nach Anhörung des Steuerausschusses.

Punkt 7.

1. Betriebe, die sich über mehrere Gemeindebezirke erstrecken, werden nach Maßgabe des in der Stadt Merseburg belegenen Teiles des Betriebes gemäß § 32 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes vom Magistrat veranlagt.
2. Für den zu erhebenden Steuersatz ist jedoch der gesamte Ertrag innerhalb und außerhalb der Stadt Merseburg maßgebend.

Punkt 8.

1. Der nach dem Ertrag bemessene Steuerbetrag ist in zwei Raten zu zahlen. Die erste Rate ist nach Empfang der Steuerausschreiben spätestens in den ersten 8 Tagen des folgenden Monats zu entrichten. Die zweite Rate ist am 15. 11. jeden Monats zu zahlen. Der nach den gezahlten Gehältern und Löhnen bemessene Steuerbetrag ist monatlich und zwar jeweils bis zum 10. des folgenden Monats an die Stadt vorauszuzahlen.
2. Der Magistrat kann für die Steuerpflichtigen günstigere längere Zahlungsfristen festsetzen.
3. Der Zuschlag nach § 4 Absatz 2 ist 14 Tage nach erfolgter Mitteilung zu zahlen.
4. Werden die vorstehenden Fristen für die Entrichtung der Steuer nicht gewahrt, so kann das Steueramt dem Steuerpflichtigen zur Vermeidung eines der Stadt infolge der verspäteten Zahlung eintretenden wirtschaftlichen Nachteils einen Zuschlag bis zu 25 % der Steuer auferlegen. Das Steueramt hat den Zuschlag aufzuheben, wenn die Versäumnis entschuldbar erscheint.

Punkt 9.

1. Rückstände werden im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens beigetrieben.
2. Der Beginn eines stehenden Gewerbes ist dem Magistrat (Stadtsteueramt) vorher, spätestens jedoch mit Eröffnung des Betriebes anzuzeigen.
3. Die Steuerpflicht beginnt mit dem ersten Tage des auf den Beginn des Betriebes folgenden Monats und endet mit dem Ablauf des Monats, in dem der Betrieb eingestellt und beim Magistrat, Stadtsteueramt, abgemeldet wird. Erfolgt die Abmeldung später, so ist die Steuer bis zum Ablauf des Abmeldemonats, erfolgt sie überhaupt nicht, bis zum Ablauf des Veranlagungsjahres fortzuentrichten.
4. Bezüglich des nach den Gehältern und Löhnen bemessenen Teiles der Steuer beginnt und endigt die Steuerpflicht mit dem Tage des Beginns bezw. Einstellung des Betriebes.

Punkt 10.

Auf Verlangen des Magistrats sind gemäß § 63 des Kommunalabgabengesetzes die Steuerpflichtigen oder deren gesetzliche Vertreter verpflichtet, über bestimmte für dieVeranlagung der Steuer maßgebende Tatsachen innerhalb einer ihnen zu bestimmenden Frist schriftlich oder zu Protokoll Auskunft zu erteilen. Wird die erteilte Auskunft beanstandet, so sind dem Steuerpflichtigen oder dessen gesetzlichen Vertreter vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimgeben mitzuteilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben.

Punkt 11.

Wird ein Gewerbetrieb von einer anderen Person unverändert fortgesetzt (z. B. im Falle der Vererbung, Verpachtung, Veräußerung), so ist die veranlagte Steuer bis zum Ablaufe des Steuerjahres fortzuentrichten und es findet nur eine Umschreibung des Namens statt.

Punkt 12.

1. Wird ein Betrieb durch Tod oder Krankheit des Inhabers, Brandunglück oder sonstige Ereignisse wesentlich geschädigt, so kann die Steuer für die folgenden Vierteljahre ermäßigt oder erlassen werden.
2. Veranlagte Steuerbeträge können in einzelnen Fällen niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet oder wenn das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde.
3. Über die Ermäßigung oder den Erlaß der Steuer beschließt der Magistrat nach Anhörung des Steuerausschusses.

Punkt 13.

1. Gegen die jedem Steuerpflichtigen durch besondere Mitteilung bekanntzumachende Veranlagung steht innerhalb einer mit der Bekanntmachung folgenden Tage beginnenden vierwöchigen Frist das Rechtsmittel des Einspruchs beim Magistrat und gegen den darauf ergehenden Beschluß innerhalb einer mit dem Tage nach der Zustellung beginnenden zweiwöchigen Frist die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen.
2. Einspruch und Klage haben auf die Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung der veranlagten Steuer keinen Einfluß.
3. Jeder einzelne nach dieser Steuerordnung zur Hebung gelangende Betrag wird nach oben hin abgerundet und zwar

auf volle Mark, wenn der Betrag nicht mehr als 500 M,
" " 5 M, " " " mehr als 500 M, jedoch nicht mehr als 2 000 M,
" " 10 M, " " " mehr als 2 000 M, jedoch nicht mehr als 10 000 M,
" " 50 M, " " " mehr als 10 000 M, jedoch nicht mehr als 20 000 M, ausmacht,
" " 100 M bei allen Mehrbeträgen.

Punkt 14.

Die nach dieser Ordnung den Steuerpflichtigen obliegenden Verbindlichkeiten liegen in gleicher Weise ihren gesetzlichen Vertretern (Vormündern, Pflegern, Vorständen von Korporationen, Aktiengesellschaften usw.) sowie den mit der Leitung der steuerpflichtigen Betriebe beauftragten Personen ob.

Punkt 15.

Wer eine ihm nach dieser Ordnung obliegende Anzeige oder Auskunft nicht oder nicht vollständig oder nicht rechtszeitig erstattet, wird, sofern nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 1 000 Mark bestraft.

Punkt 16.

Diese Ordnung tritt mit dem 1. April 1923 in Kraft.

Merseburg, den 30. Januar 1923.

Der Magistrat.
gez. Hertzog. Kleim.

V. 8063/22

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230613-17/fragment/page=0005

Der Ruhreinfall seit langem vorbereitet.

Das „B. T." veröffentlicht ein Dokument, das einen Fragebogen darstellt, der im Sommer 1920 einem Agenten des französischen Nachrichtendienstes, Willi Kühl, übergeben worden war. Kühl versuchte die von ihm verlangten Informationen zu beschaffen, wurde aber dabei ertappt und wegen Verrates militärischer Geheimnisse vom Reichsgericht zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt. Dies Dokument beweist, daß schon im Jahre 1920 die Absicht in Frankreich bestand, ins Ruhrgebiet einzufallen. In dem Fragebogen finden sich folgende Aufträge: überbringen Sie uns die Bahnhofspläne des Ruhrgebietes. Verschaffen Sie uns die Pharuspläne der Städte Düsseldorf, Elberfeld, Wesel und Bochum und bezeichnen Sie streng genau die Gebäude, wo sich die Eisenbahndirektionen befinden. Geben Sie uns die Nummern der Bataillone, der Kompanien und der Schwadronen der Reichswehr an, die in Düsseldorf stationiert sind. Geben Sie uns an, aus wieviel Gruppen die Sicherheitspolizei in Düsseldorf besteht, wieviel Hundertschaften umfaßt jede Gruppe? Es folgen dann Fragen über die Haltung der Arbeiterbevölkerung, der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und der Einwohnerwehren. Insbesondere wird gefragt, wie die Arbeiter und die Führer, das heißt die Ingenieure und Direktoren usw., die eventuelle Besetzung des Ruhrgebietes durch die Entente hinnehmen würden. Würden sie sie annehmen? Würden sie Widerstand leisten und auf welche Art und Weise? Es folgen dann wirtschaftliche Auskundschaftungen, über das Bestehen von Lebensmittellagern, über Kohlen- und Eisenerzlager, über die Lagepläne der bedeutenden Firmen und über die Öl- und Eisenproduktion.

Volkswirtschaftliches.

Notierungen vom 12. Juni.

Effektenmarkt.

Hallesche Börse.

Kursnotierungen der Halleschen Bankfirmen.

Hall. Bankver.	8600	Eisenwerk Brümmer	40000	Gottfried Lindner neue	54000
Berl. Anhalt. Feuer	3000	Halle Zimmern.-St.	24500	Wegelin u. Hübner	35900
Hall. Pfännerschaft	200000	do. neue	—	do. neue	—
do. neue	—	Hall. Maschinenfabr.	35000	Zeitzer Maschinen	—
Riebeck Montan	965000	Hall. Röhrenwerke	24900	Zuckerraffin. Halle	100000
Merseburger-Weißenfels	93000	Glauziger Zucker	230000	Schraplauer Kalkwerke	23000
Ammendorfer Papier	78000	Körbisdorfer Zucker	285000	do. neue	—
Aktienmalzf. Könnern	50000	Kyffhäuser-Hütte	33000	Bruckdorf-Nietleben	—
Eilenburger Kattun	108000	Gottfried Lindner	55000	Diskontobank	2700

Warenmarkt.

Leipziger Produktenbörse.

Weizen, inländischer 138—143000, nominell, geschäftslos; Roggen, inländischer 113—118000, nominell, geschäftslos; Gerste (Sommergerste) inländische 100—110000, nominell, ruhig; Hafer, inländischer 93—98000, nominell, geschäftslos; Mais 115—120000, nominell; Raps 240—250000, nominell. Die Preise verstehen sich für 50 Kilo, für Ware prompt, Parität frachtfrei Leipzig.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse.

Weizen, märkischer 143—146000, ruhig; Roggen, märkischer und pommerscher 118—119000, schlesischer 116—117000, ruhig; Gerste (Sommergerste), märkische 100—107000, ruhig; Hafer, märkischer 94—96000, pommerscher 92—94000, ruhig; Mais (ohne Provenienzangabe) loko Berlin 110—112000, frei Hamburg 112—115000, behauptet; Weizenmehl 390—430000, ruhig; Roggenmehl 290—325000, ruhig; Weizenkleie 61000, stetig; Roggenkleie 61000, stetig; Raps 265—270000, fester; Leinsaat 265—270000, fester; Viktoriaerbsen 165—170000; kl. Speiseerbsen 135—145000; Futtererbsen 105000 bis 110000; Peluschken 115—120000; Ackerbohnen 105000; Wicken 130000 bis 135000; blaue Lupinen 125—135000; gelbe Lupinen 160—180000; Rapskuchen 100—103000; Leinkuchen 160000; Trockenschnitzel, prompt 35—36000; Zuckerschnitzel 45—55000; Torfmelasse 39—40000; Kartoffelflocken 58—60000. Die Getreidepreise verstehen sich für 50 Kilo, die Mehlpreise für 100 Kilo.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Stroh und Heu.

Nichtamtlich. Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 26—28000; Haferstroh, drahtgepreßt 25—27000; Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreßt 23500—25500; gebündeltes Roggenlangstroh 24—26000; Heu, gutes 25—26000; do. handelsüblich 21—23000.

Alles einschließlich sämtlicher Gebühren (Steuern, Transportkosten usw.)

Der Fall Grünbaum.

Kriminalroman von Otto Berndt

24. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sind auch vorhanden."

„Vielleicht hatte er Absichten und wurde gestört. Darf ich mir vielleicht die Örtlichkeit einmal ansehen?"

„Aber bitte, Herr Kommissar."

„Hier im großen Speisesaal stand die Hochzeitstafel."

Schlüter sah sich im Zimmer um — er trat auch ans Fenster und blickte auf die Straße.

„Hier ist der Musiksaal — hier ein Wohnzimmer — hier das Boudoir meiner Frau und daran anstoßend das Ankleidezimmer, in dem der Toilettentisch steht, an dem der Mensch von meinem Diener getroffen wurde."

Der Ankleideraum lag nicht in derselben Flucht und die Fenster gingen auf einen Hof hinaus.

„Würden der Herr Kommerzienrat einmal so gut sein, den Diener zu rufen, der den falschen Weiler hier traf?"

Düsing ging hinaus, um den Diener zu rufen, währenddessen stand Schlüter am Fenster und schaute auf den Hof. Er nickte einigemale mit dem Kopfe.

Der Diener trat ein.

„Wo stand Doktor Weiler, als Sie kamen?"

„Genau, wo Sie jetzt sind."

„Machte er sich hier am Toilettentisch zu schaffen?"

„Nein, er blickte zum Fenster hinaus — er hatte sich sogar hinausgebeugt, als ich kam."

„Soso."

„Wollen Sie nun auch noch das Schlafzimmer besehen?"

„Danke, Herr Kommerzienrat, es wird nicht nötig sein — nur — wenn ich vielleicht einmal die Toilette sehen könnte?"

„Aber bitte."

Schlüter trat wieder in das Arbeitszimmer.

Er hatte einen seltsamen Zug in seinem Gesicht, als bewegten ihn besondere Gedanken.

„Können Sie mir etwas sagen?"

„Ich vermute nicht, daß der Mensch bei Ihnen etwas stehlen wollte. Er hat sich augenscheinlich in der Tat nur umgesehen."

„Aber weshalb?"

„Vielleicht werden wir es noch erfahren. Jetzt habe ich nur so einen Gedanken, über den ich nicht sprechen möchte — man blamiert sich zu leicht, wenn man kombiniert. Er hat, wie ich mir denke, die Absicht gehabt, von Amsterdam aus zu entfliehen — da fiel ihm durch Zufall die Brieftasche des Doktor Weiler in die Hand. Er ist ein viel zu gerissener Mensch, als daß er nicht gewußt hätte, daß Doktor Weiler ohne Paß nicht weiter reisen konnte und jedenfalls Tage aufgehalten wurde. Da wollte er sich die zufällige, verblüffende Ähnlichkeit mit Doktor Weiler zunutze machen. Er hatte jedenfalls wenig Geld und hoffte, das von Ihnen zu bekommen."

„Das ist ihm leider auch gelungen."

„Die Verhaftung kam ihm dann in die Quere — schade, daß der Irrtum nicht einen Tag später entdeckt wurde."

Schlüter ging und zwar zu Grünbaum, der inzwischen geheilt in seine Wohnung zurückgekehrt war.

„Was sagen Sie, daß der junge Wächter nun doch unschuldig ist?"

„Ich hätte es nicht für möglich gehalten — allerdings, jetzt sehe ich ein — der Schürlein ist wahrscheinlicher — und wenn ich denke — ich habe gehört, er hat sich die Maske, die er mir über den Kopf gestülpt hat, aus der Klinik schon mitgebracht. Ist es nicht schrecklich, Herr Doktor? Wenn sogar ein Arzt so etwas tut, da ist man in jeder Stunde in Lebensgefahr! Mit wem soll man dann noch Geschäfte machen?"

Schlüter lächelte leicht.

„Solche Geschäfte sind allerdings besonders gefährlich. Sie sind doch ein reicher Mann — darf ich Ihnen einen Rat geben — seien Sie vorsichtig — aus vielen Gründen."

Der Wucherer blickte auf. Er verstand, was der Kommissar meinte.

„Ich mache nur erlaubte Geschäfte."

Schlüter wehrte ab.

„Natürlich, es war nur ganz privatim gesprochen."

„Und was führt Sie heute zu mir?"

„Eine Frage. Von wem haben Sie am Mittwoch die hunderttausend Mark bekommen?"

„Ich?"

„Sie haben mir bereits einmal gesagt, daß Sie es nicht gern sagen möchten — ich bitte aber trotzdem darum. Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß Ihnen in keinem Falle daraus Schaden erwachsen soll — aber es ist sehr wichtig. Waren es Leute aus Berlin?"

„Nein."

„Ausländer?"

Grünbaum zögerte.

„Reden Sie offen, Sie haben mein Wort, aber es wäre von höchster Bedeutung, wenn es vielleicht Herren von Amsterdam waren."

Grünbaum sprang auf.

„Warum, glauben Sie vielleicht, daß es auch Schürlein war?"

„Ich glaube nie etwas bestimmt, wenn der Täter nicht gestanden hat. Es wäre doch auch denkbar, daß dieselben Leute, die Ihnen am Markussteg das Geld brachten, es Ihnen nachts wieder abnehmen."

„Unmöglich — ich kenne die Herren seit Jahren — steinreiche Juwelenhändler."

„Aus Amsterdam?"

Grünbaum schien zu erschrecken.

„Seien Sie unbesorgt, ich habe nicht zu prüfen, ob Sie das Recht hatten, Juwelen in das Ausland zu verkaufen, ich will nur den Überfall aufklären."

„Sie waren aus Amsterdam — muß ich Ihnen auch die Namen nennen?"

„Vorläufig nicht. Wissen Sie, ob sich die Herren länger in Berlin aufgehalten haben?"

„Sie sind in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gekommen, und Mittwoch abend wieder abgereist."

„Sie wissen bestimmt, daß sie in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch gekommen sind?"

„Ich habe sie Mittwoch früh doch selbst von der Bahn abgeholt."

Schlüter war währenddessen an das Fenster getreten und hatte gedankenvoll hinausgesehen.

„Ich möchte Sie jetzt doch noch bitten, mir Namen und Adresse der beiden Juwelenhändler anzugeben."

„Was hat denn das mit dem Überfall zu tun?"

„Herr Grünbaum, ich weiß es selbst noch nicht — nur ein Gedanke. — Sie können mir die Namen ruhig nennen — übrigens — ich würde sie wohl auch so herausbekommen, sie müssen sich ja in Amsterdam haben Pässe ausstellen lassen und darüber wird Buch geführt. Aber ich weiß garnicht, warum Sie ängstlich sind — Sie haben doch ein gutes Gewissen, und ich habe Ihnen gesagt, daß ich mich nur mit dem Überfall befasse."

„Nun, meinetwegen — Straatmann und van Deelen, Amsterdam, Quellijnstraat 6."

„Danke, und nun will ich auch nicht weiter stören."

Er ging die Treppe hinunter und murmelte vor sich hin: „Der Grünbaum ist eigentlich der größte Gauner von allen. Ein Jammer, daß man ihn nicht gleich mit einstecken kann!"

Er fuhr nun in sein Büro und dort erwartete ihn ein junger Herr.

„Studiosus Zirneck."

„Herr Kommissar, ich habe erfahren, daß Sie die Raubanfall-Sache Grünbaum bearbeiten."

„Allerdings — können Sie vielleicht eine zweckdienliche Aussage machen?"

„Vielleicht. Ich habe zu meinem Entsetzen in den Zeitungen gelesen, daß Herr Doktor Schürlein der Täterschaft verdächtigt wird. Das ist vollkommen ausgeschlossen."

„Sprechen Sie, weil Sie es für unmöglich halten, daß ein Mann von seiner Bildung eine solche Tat begeht, oder haben Sie positive Beweise?"

„Wann ist das Verbrechen geschehen?"

„Etwa um halb zehn, Mittwoch, den 15. Juni."

„Das habe ich auch in der Zeitung gelesen. Nun also — Mittwoch, den 15. Juni, habe ich etwa fünf Minuten nach halb zehn Herrn Doktor Schürlein am großen Stern im Tiergarten gesehen."

„Erlauben Sie eine Frage: Sind Sie mit Herrn Doktor Schürlein verwandt oder näher befreundet?"

„Beides nicht, aber ich kenne ihn erstens von der Universität her, er war Assistent an der Charité und Professor, als ich vor zwei Jahren meine ersten Sezierungsübungen machte, und dann — ich hätte fast ein Duell mit ihm gehabt."

„Ein Duell?" (Fortsetzung folgt.)

Rasch und prachtvoll

werden Blusen, Waschkleider, Spitzen, Bänder, Sommer-Handschuhe, Florstrümpfe usw. ohne Kochen gefärbt nur mit den weltberühmten, echten Heitmann's Blusenfarben, Marke Fuchskopf im Stern. Erhältlich in der Zentral-Drogerie R. Kupper, Merseburg.

Heitmann's Farbe spart den Färber.

Allerbeste hannoversche

Läuferschweine

stehen von heute an z. Verk.
Gasthof „Grüne Linde".
Schnellhardt.

Halte von heute mittag bis Donnerstag abend mit guten hannoverschen

Läuferschweinen!

Gasthof „Goldener Stern" zum Verkauf. Rupprecht.

Grasmäher fabrikneu

Garbenbinder

Massey-Harris, wie neu, sofort vom Lager lieferbar
Grescher & Co., Halle a. S., Landwehrstr. 2. Tel. 6430.

Sommer-Fahrplan

ab 1. Juni mit den letzt. Aenderungen hält vorrätig
Buchdruckerei Th. Rößner, Merseburg, Kl. Ritterstr. 8.

Reparaturen

an Schreib- und Büromaschinen jeder Art und jeglichen Systems, sowie an Kontrollkassen führ. preiswert und unter Garantie schnellstens aus
Werner Löwenstein & Sohn.
Halle a. S., Magdeburger Straße 63
Fernsprecher 5223/6776.

Sensen

Ia handgeschmiedet unter Garantie billigst bei
Knauth & Hahn
Eisenhandlung, Fischerstr. 19

Auf Grund der §§ 23, 25, 27, 29, 70, 77 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und 26. August 1921 und des Gemeindebeschlusses vom 5. und 11. Juni 1923 V. 1201/23 wird folgender

I. Nachtrag

zur Gewerbesteuerordnung der Stadt Merseburg vom 30. Januar 1923/5. Februar 1923 — V. 8063/22 — beschlossen:

Punkt 1.

Der Punkt 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Die Veranlagung der Gewerbesteuer erfolgt für jedes Steuerjahr durch den Magistrat unter Zuziehung eines Gewerbesteuerausschusses, dem Vertreter der Gewerbetreibenden angehören.

Punkt 2.

Punkt 4 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Die Höhe der Gewerbesteuer wird jährlich in Prozenten des Ertrages und der Lohnsummen festgesetzt. Die Prozentsätze, die vom Ertrage, bezw. von den Lohnsummen erhoben werden, sollen im Verhältnis zu 15:1 stehen, so daß, falls 15 % vom Ertrage erhoben werden, 1 % von den Lohnsummen zur Erhebung kommt.

Punkt 3.

Punkt 5 erhält folgende Fassung:

Betriebe, bei denen der jährliche Ertrag 150 000 Mark nicht erreicht, bleiben von der Steuer befreit.

Punkt 4.

Punkt 8 Absatz 1 Satz 4 erhält folgend Fassung:

Der nach den gezahlten Gehältern und Löhnen bemessene Steuerbetrag ist monatlich und zwar jeweils bis zum 15. des folgenden Monats an die Stadt vorauszuzahlen.

Punkt 5.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. April 1923 in Kraft.

Merseburg, den 5. Juni 1923.

Der Magistrat.

V. 1201/23. gez.: Hertzog. Kleim.

Veröffentlicht!

mit dem Bemerken, daß vorstehende Gewerbesteuerordnung die Genehmigung der Aufsichtsbehörden gefunden hat. Die Aufforderungen zur Zahlung der Lohnsummensteuer gehen den Gewerbetreibenden in diesen Tagen zu. (Vergl. Bekanntmachung von heute bei V. 1277/23.).

Merseburg, den 12. Juni 1923.

V. 1313/23. Der Magistrat.

Lohnsummensteuer.

Diejenigen Gewerbetreibenden oder Firmen, welche Arbeiter, Angestellte, Beamte usw., die dem Lohnabzugsverfahren gemäß § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes unterliegen, beschäftigen, werden aufgefordert, die nach der Gewerbesteuerordnung nebst Nachtrag und dem Gemeindebeschluß vom 5. und 11. Juni 1923 für jeden Monat zu zahlende Lohnsummensteuer von 1 % bis zum 15. des nachfolgenden Monats an unsere Stadtsteuerkasse einzuzahlen.

Für die Monate April und Mai sind bis zum 20. Juni 0,7 % und für den Monat Juni bis zum 15. Juli 0,7 % zu zahlen.

Bei Einhaltung **beider** Zahltage für das erste Vierteljahr wird von einer Nachforderung des an der Lohnsummensteuer von 1 % fehlenden Betrages abgesehen. Bis zum 15. 8. sind 1 % der Julilohnsumme zu zahlen.

Bei den Lohnsummen dürfen Abzüge von Krankenkassen-, Invalidenversicherungsbeiträgen, und sonstigen sozialen Abgaben nicht gemacht werden. Den Gewerbetreibenden und sonstigen Firmen gehen in diesen Tagen entsprechende Aufforderungsschreiben mit 12 Ablieferungsbescheinigungen für je einen Monat zu. Bei jeder Einzahlung oder Überweisung ist gleichzeitig ein Ablieferungsschein für den betreffenden Monat der Hebestelle zu übergeben oder einzusenden. In der Ablieferungsbescheinigung ist neben der **Höhe der gezahlten Lohnsummen** auch die **Anzahl der Arbeitnehmer** sowie der **Geldwert der etwa gewährten freien Station oder Deputats** anzugeben. Nähere Auskunft wird in Zweifelsfällen im Steueramt (Burgstraße 1) erteilt.

Für den Fall nicht rechtzeitiger Zahlung oder Überweisung der Lohnsummensteuer ist der Magistrat berechtigt, den Betrag der Lohnsummen zu schätzen und einen Zuschlag von 25 v. H. von der Steuer zu erheben. Pünktliche Einhaltung der monatlichen Zahlungstermine liegt daher im eigenen Interesse der Gewerbebetriebe.

Mersburg, den 12. Juni 1923.

V. 1277/23. Der Magistrat.

Verkaufsvermittlungsstelle für Gegenstände aus Privatbesitz, Karlstraße 4.

Annahme und Verkauf jeden Mittwoch von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Kinderfest.

Das Kinderfest wird in diesem Jahre am **2. Juli** auf dem Nulandtplatz wieder gefeiert.

Die Freude unserer Jugend ist groß, aber auch die tatkräftige Mitwirkung der gesamten Einwohnerschaft bei der Veranstaltung des Festes im Jahre 1921 hat gezeigt, daß die Beibehaltung des Kinderfestes von allen Seiten gewünscht wird.

Die Mittel, die die städtischen Behörden bei der jetzigen Finanzlage der Stadt zur Verfügung stellen konnten sowie die Spenden von 1922 reichen leider bei den jetzt herrschenden Verhältnissen bei weitem nicht aus, die Kinderfestkommission bittet daher um freiwillige Spenden.

Die Kinderfestkommission wird deshalb zur Förderung der guten Sache eine Listensammlung veranstalten und bittet, damit allen am Kinderfest teilnehmenden Kindern eine Freude bereitet werden kann, in weitherziger Weise Spenden in der Liste zu zeichnen und dem Boten zu übergeben, oder auf das Konto „Kinderfest 1923" an eine der nachstehenden Zeichnungsstellen zu überweisen.

Da der Bote leider nicht überall vorsprechen kann, bitten wir die sonst der Kinderfestkommission zugedachten Spenden der Kämmereikasse im Rathause am Markt oder den nachstehenden öffentlichen Zeichnungsstellen zu übergeben, die sich in entgegenkommender Weise zur Annahme von Geldbeträgen bereit erklärt haben.

1. Allgemeine Deutsche Kreditanstalt,
2. Commerz- und Privatbank,
3. Kreissparkasse,
4. Merseburger Vereinsbank,
5. Reichsbanknebenstelle,
6. Schultze, Friedrich, Bankhaus,
7. Städtische Sparkasse,
8. Merseburger Korrespondent,
9. Hallescher Bankverein,
10. Bankhaus Alfred Embruch.

Auf Wunsch wird den Gebern eine Empfangsbestätigung erteilt oder der Empfang der Spende öffentlich bestätigt.

Merseburg, den 6. Juni 1923.

II. 404/23. Die Kinderfestkommission.

Polizeiverordnung betr. das Betreten der Feldmarken v. 14. 6. 21.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883, G. S. S. 195, des § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, G. S. S. 265 und des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880, G. S. S. 230 wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Das Betreten der Feldfluren außerhalb der öffentlichen Kommunikationswege ist in den Monaten Mai, Juni, Juli, August in der Zeit vom Einbruch der Dunkelheit, spätestens von 9 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühestens 5 Uhr, verboten.

Ausnahmen sind nur zulässig mit besonderer schriftlicher Erlaubnis der (Gemeindebehörden) Ortspolizeibehörden.

§ 2.

Jede Uebertretung der vorstehenden Bestimmungen wird, soweit nicht nach allgemeinen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe von 60 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3.

Die Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 14. Juni 1921.

Der Regierungspräsident.

J. A.: gez.: Listemann.

Veröffentlicht

mit dem Hinweis, daß der Höchstbetrag der Geldstrafe durch das Geldstrafengesetz vom 27. April 1923 (Artikel III) auf 60 000 M. festgesetzt ist.

Merseburg, den 7. Juni 1923.

P. I. 1694/23. Die Polizei-Verwaltung.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis monatl. 5200 M. frei Haus, stll. b. Vorzeig. d. Quittung; Abweisung nur statthaft bei Aufsage d. Bezugs im Vormonat. Bei Abholg. monatlich 5000, wöchentlich 1300 M. — Postbezug monatlich. — Einzelnummer 250 M., bei 8 Seiten 300 M.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

mit dem Amtsblatt der Stadt Merseburg

der wöchentl. Unterhaltungsbeilage Am häuslichen Herd und dem monatl. erscheinenden Chronist von Merseburg

Anzeigenpreis: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 130 M., im Reklameteil 600 M., für Eilfranzeigen und Nachweisungen 400 M. Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vorm. Belegnummer wird berechnet.

Bezugs- und Anzeigenpreise sind freibleibend.

Postscheckkonto: Leipzig 39070.

Fernruf: Redaktion 324, Geschäftsstelle 466.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V., Kreis Mitteldeutschland.

Nr. 136 — Mittwoch den 13. Juni 1923. — 49. Jahrg.

Spannung zwischen Paris und London.

England gibt die Verständigungsversuche noch nicht auf. — Dollar 97500.

Die französische Presse zeigte am Dienstag, nach all den Fanfaren, die sie tags zuvor mit Benützung der beiden toten Unteroffiziere von Dortmund in der Frage des passiven Widerstandes ausgestoßen hatte, ein bemerkenswert überraschtes und bedenkliches Antlitz. Sogar das Propagandamaterial des Dortmunder Vorfalls ist einzelnen Blättern schon zweifelhaft geworden; der „Temps", der die ganze Hetze am Sonntag angekurbelt hatte, äußerte sich schon gestern sehr vorsichtig über den Dortmunder Fall. Aber es ist nicht nur über Dortmund in Paris still geworden; man äußert sich auch sehr bedenklich über die Entwicklung der englisch-französischen Vorverhandlungen. Man hebt hervor, daß bem Einvernehmen unter den Alliierten große Schwierigkeiten entgegenstehen; daß England fortfahre, den Widerstand Deutschlands zu ermutigen; daß die gegenwärtige Stunde schwer und für das Bündnis mit England vielleicht entscheidend sei; daß die englischen Minister den wesentlichen Zug der französischen Politik nicht recht gut begriffen hätten; daß schließlich der Einfluß der neuen Männer des englischen Kabinetts groß geworden sei, der unheilvolle Einfluß „humanitärer Psychologie" (!) Robert Cecils und der liberalen Franzosenkreise Mac Kennas ...

Daß man in England die „wesentlichen" Ziele der französischen Politik nicht recht verstehen will, mag schon richtig sein; nur so ist überhaupt die ganze aktive Politik des neuen britischen Kabinetts entstanden, die ein Pariser Blatt an die „schlechtesten Tage Lloyd Georges" erinnert. Was ist denn geschehen? **Der entscheidende Kabinettsrat in London hat dem französischen Verlangen nach gemeinsamer Forderung der Alliierten, Deutschland solle den passiven Widerstand aufgeben, den englischen Willen entgegengesetzt, nicht zuerst über diese Frage, sondern zuerst über die gemeinsame Stellungnahme der Alliierten zur Reparationslösung selbst zu verhandeln.**

Eine halbamtliche Zusammenfassung der englischen Anschauung umfaßt **drei Punkte:**

1. Zunächst betrachtet man die französische Forderung nach Preisgabe des passiven Widerstandes vor jedem Verhandlungsbeginn als unburchführbar; die englische Regierung sei der Ansicht, daß keine Regierung in Berlin die Zurückziehung der Verordnungen über das Verhalten der Beamten und Eisenbahner im Ruhrgebiet unternehmen könne, bei sogar die Gefahr einer kommunistischen Revolution bestünde, wenn Berlin derartige Absichten hegen würde.

2. Dennoch aber wünsche England einen Bruch mit Frankreich zu verhüten, es soll ein Vorschlag ausgearbeitet werden, der in der eigentlichen Reparationsfrage die letzten deutschen Vorschläge als Ausgangspunkt für eine Diskussion betrachte, wobei angemerkt wird, daß auch England den von Deutschland — hier ist das Angebot vom 2 Mai gemeint, da die Ergänzungsnote keine Gesamtsumme nennt — angebotenen Betrag für ungenügend halte und nicht unter die Gesamtziffer des Bonar Law-Planes gehen wolle.

3. **Wenn nun Frankreich auf seiner Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes beharre, so könnten die Alliierten eine Sachverständigenkonferenz einberufen zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit, des Reparationsproblems, der Kriegsschulden und der französisch-belgischen politischen Sicherung; wenn diese Untersuchung eine Einigkeit ergäbe, dann erst wäre die englische Regierung bereit, in Berlin Vorstellungen in der Frage des passiven Widerstandes zu erheben.**

Die Londoner Presse verstärkt noch diesen halbamtlichen Standpunkt; sie erklärt, daß nach den Mitteilungen, die der französische Botschafter in London gemacht habe, sogar die geringen bisher bestehenden Aussichten auf eine Versöhnung des englischen und französischen Standpunktes verscheucht worden seien; der offiziöse „Daily Telegraph" versichert, man sei in London über das noch nicht erhörte Maß von Unnachgiebigkeit, das Frankreich zeige, geradezu bestürzt gewesen. Alle Londoner Blätter, sogar die sonst franzosenfreundliche „Morning Post", erklären, **daß eine Preisgabe des passiven Widerstandes ohne Gegenkonzessionen und ohne Herstellung einer festen Basis für die Reparation nicht verlangt werden könnte.**

Wir können von uns aus diesen Protest noch verstärken: keine deutsche Regierung kann der Ruhrbevölkerung, die nach wie vor der wahre Träger des passiven Widerstandes ist, irgendwelche Konzessionen zumuten, wenn nicht etwas Wesentliches in den Fragen erreicht ist, um deretwillen die Ruhrbevölkerung die nationale Pflicht des passiven Widerstandes auf sich genommen und erfüllt hat. Denn wir können uns weder Frankreich noch England bedingungslos in die Arme werfen und den Fehler wiederholen, den wir in gutem Glauben begingen, als wir uns 1918 auf Wilsons 14 Punkte verließen. Wir können in Ruhe abwarten, wie die nun so scharf gewordene englisch-französische Auseinandersetzung verläuft, und das Kompromiß, zu dem auf italienischen Wunsch in dieser Auseinandersetzung gedrängt wird, müssen wir uns genau ansehen. Denn nicht jeder diplomatische Sieg Englands, auf den das neue englische Kabinett zunächst Wert legen muß, ist schon für uns eine wesentliche Sicherung. Das zeigen auch die französischen Reparationsforderungen, die der Londoner französische Botschafter übermittelte, der sogar die Serie C aufwärmte, auf die Frankreich nur gegen gleichwertige Streichung seiner englischen Schuld verzichten will.

*

Verhaltene Spannung zwischen Paris und London.

London, 13. Juni. Blättermeldungen zufolge wird die Hoffnung auf eine Vereinbarung zwischen England und Frankreich, die die Absendung einer gemeinsamen Antwort an Deutschland ermöglichen würde, nicht aufgegeben. „Evening Standard" zufolge sollen die britischen Bemühungen auf einen Ruhr-Waffenstillstand hinzielen. Der politische Berichterstatter des „Manchester Guardian" erklärt, daß die englische Regierung in den Verhandlungen bezüglich des deutschen Memorandums einem Bruch mit Frankreich nahe sei. Die britische Regierung erkenne an, daß die Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebie außerhalb der Macht der deutschen Regierung liege.

Paris, 13. Juni. (Priv.-Telegr) Der „Westminster Gazette" zufolge wünscht der englische Ministerpräsident Baldwin die Durchführung folgenden Programms: Wenn Frankreich bereit wäre, eine Amnestie im Ruhrgebiet zuzulassen und dort nur eine friedliche Mission durchzuführen, wie es ursprünglich Frankreichs Absicht war, so könnte die Reichsregierung die Bevölkerung im Ruhrgebiet veranlassen, für die Reparationen unter alliierter Kontrolle zu arbeiten, vorausgesetzt, daß die deutschen Reparationsvorschläge als Grundlage zu Verhandlungen angenommen würden, um eine endgültige Regelung der Reparationsfrage herbeizuführen.

Paris, 13. Juni. Einer Havasmeldung nach bewahrt man in den politischen Kreisen größte Zurückhaltung, da offizielle Nachrichten über die gestrigen Beratungen des englischen Kabinetts in Paris noch nicht vorliegen. Eine Sachverständigenkonferenz sei unergebnis erzielt, nämlich daß Deutschland versucht, einen Meinungsverschiedenheiten zwischen der englischen und der französischn Regierung hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der Ausführung der deutschen Verpflichtungen hinauslaufen würden.

Pariser Echo in Brüssel.

Brüssel, 13. Juni. (WTB.) In der Kammer erklärte der Außenminister u. a.: Wir sind in das Ruhrgebiet einmarschiert, um

Der Dortmunder „Franzosenmord" aufgeklärt.

Im Zank um die „rote Erna" gegenseitig erschossen. — Acht Deutsche ermordet.

In Dortmund sind nunmehr schon acht Deutsche ermordet worden, darunter der Arzt Dr. Schöne, der auf dem Wege zum Nachtdienst im Luisenhospital war, der Studienrat Gurtschaft, der Elektriker Stroithmann und ein 19jähriger Kaufmann Burchhoff. Die Namen der übrigen zwei Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Französische Geschosse.

Wie die „Frankf. Ztg." aus Dortmund meldet, hat die sofort von deutschen in Kriminalsachen erfahrenen Ärzten vorgenommene Untersuchung der Wunden der beiden erschossenen französischen Feldwebel ergeben, daß die Schüsse aus einer Langwaffe, also einem Gewehr oder Karabiner abgegeben worden sind. Es wurde auch festgestellt, daß es sich um Kupfermantelgeschosse handelt, die hier in der französischen Armee eingeführt sind.

Ist damit erwiesen, daß auf keinen Fall Deutsche die Täter sind, so hat nunmehr die genaue Untersuchung Klarheit geschaffen.

Die beiden Franzosen haben sich im Zank um eine Dirne erschossen,

die in Dortmund unter dem Namen „Rote Erna" bekannt ist. Die Rote Erna und zwei andere Frauenzimmer befinden sich in französischer Haft. Ihre Anslagen verheimlichen alles Beweismaterial. Angesichts dieser Sachlage protestierten die städtischen Körperschaften Dortmunds mit Recht gegen die auferlegten Sanktionen, insbesondere gegen die Verhaftung zweier Stadträte, ebenso gegen das unmenschliche Vorgehen der Franzosen gegen ahnungslose Straßenpassanten und gegen die Verhängung des Belagerungszustandes.

Den Franzosen muß dieser Tatbestand gleich bekannt gewesen sein, sonst hätte das Havasbüro nicht eine so gewundene Zweitmeldung gebracht.

Trotzdem dauert die Deutschenhetze an, trotzdem lassen die die wahre Tatsache kennenden Generale weiter die sinnlosen Schießereien zu. Acht Deutsche tot — und die Tatsache dazu, daß sich zwei betrunkene, wüste Kerle aus der glorreichen Armee um eine feile Dirne zankten.

Auch ein Kulturbild!

*

Zwei Ärzte auf ihren Berufswegen erschossen!

Dortmund, 13. Juni. (WTB.) Nach Verhängung der Straßensperre besetzten die Franzosen vor allem die Zugänge zur Stadt. Zahlreiche Ausflügler, die aus der Umgebung Dortmunds heimkehrten, wurden ohne Ausweis angetroffen und festgehalten, wobei sich französische Offiziere und Soldaten zahlreiche Mißhandlungen schwerer Art gegen Männer und Frauen zu Schulden kommen ließen. An den verkehrsreichsten Punkten der Stadt irrten die Soldaten die Einwohner vor sich her. Auch dabei kam es verschiedentlich zu Mißhandlungen. U. a. wurde ein deutscher Arzt, der sich in Ausübung seines Berufes in ein Krankenhaus begeben wollte, niedergeschossen. Gestern wurden ein zweiter Arzt sowie ein Polizeibeamter von den französischen Truppen erschossen.

Belagerungszustand in Recklinghausen.

Recklinghausen, 13. Juni. (WTB.) **Dem Vernehmen nach ist der Belagerungszustand über Recklinghausen verhängt worden, weil in der Nacht zum 11. Juni zwischen dem Bahnhof und dem Bahnhofshotel ein französischer Posten erschossen worden sein soll. — Der Kaufmann Müllers, der ohne Kenntnis von der Verkehrssperre durch die Straßen ging, wurde ohne Anruf erschossen. Er lag drei Stunden schwer verletzt an einer Straßenecke, ohne daß ihm ärztliche oder geistliche Hilfe zuteil wurde, nach denen er verlangte. So verstarb er auf der Straße.**

*

Ein neuer Direktoren-Prozeß.

Essen, 13. Juni. (Priv.-Telegr.) **Der Verhandlungstermin gegen die Bergwerksdirektoren Kellermann (Gute Hoffnungshütte), Falte (Concordia) und Friedmann (Adler) ist nunmehr auf Freitag den 15. Juni, 9 Uhr vormittags, vor dem Kriegsgericht in Werden angesetzt,**

Der österreichische Anleiheerfolg.

Nach der nun schon zehn Monate währenden Stabilisierung der Krone auf dem Wiener Dollarkurs von rund 70 000, nach dem vollen Erfolg der österreichischen inneren Goldanleihe und nach dem gleichzeitig bis zum vorausgesehenen Höchstbetrage erfüllten Eintreten der anfänglich ablehnenden Wiener Großfinanz für das Aktienkapital der österreichischen Notenbank, nach den Zwischenkrediten ententistischer und neutraler Staaten schließlich, die als Sanierungsvorschüsse auf die große Anleihe galten, ist nun die österreichische Auslandsanleihe selbst zur Zeichnung aufgelegt worden. In Neuyork konnte das Bankhaus Morgan die 25 Millionen Dollars sechsprozentiger österreichischer Obligationen, die Morgan übernommen hatte, zum Kurse von 90 % binnen einer Viertelstunde unterbringen; in London, wo eine Zeichnungsfrist von fünf Tagen angesetzt war, konnte die Zeichnungsfrist schon am zweiten Tage kurz nach 11 Uhr vormittags geschlossen werden, da die Anleihe bis dahin schon dreifach überzeichnet worden war. Da die in Amerika und England zu plazierenden Anleihebeträge den größten Teil der Gesamtanleihe ausmachen, so kann man heute schon von einem **vollen Erfolg der österreichischen Auslandsanleihe** sprechen. Diese Tatsache läßt auch einen gewissen Schluß zu auf die Aufnahmefähigkeit des angelsächsischen Finanzmarktes für staatliche Sanierungsanleihen schlechtvalutarischer Länder Europas überhaupt; nicht die große Reparationsanleihe, aber kleinere Sanierungsanleihen könnte auch Deutschland in einem Augenblick, der eine politische und wirtschaftliche Stabilisierung Europas und damit die Voraussetzung einer wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung Deutschlands brächte, wohl verhältnismäßig leicht unterbringen. Ohne Zweifel hat das Kabinett Seipel bei seiner zielbewußten und unter schweren inneren Kämpfen gegen die Sozialdemokratie nach komplizierten diplomatischen Verhandlungen unternommenen Sanierungsarbeit einen neuen und zwar entscheidenden Erfolg errungen. Erst die Auslandsanleihe verwirklicht das für die beiden Jahre 1923 und 1924 angelegte Genfer Programm, und erst jetzt ist die bisherige innere Sanierungsarbeit, die gewissermaßen als Vorschuß auf die große Anleihe geleistet werden mußte, endgültig in ihrem Erfolg gesichert. Die weiteren inneren Maßnahmen, die nun zu folgen haben, insbesondere die Währungsreform selbst, wird man in Deutschland mit Interesse verfolgen, das wir der Entwicklung Österreichs nicht nur aus Gründen der nationalen Verwandtschaft, sondern auch deshalb entgegenbringen, weil wir sowohl in der Inflationszeit wie in der Sanierungsarbeit an Österreich für uns manches lernen können. Die derzeitige Lagestrittl, die in manchen deutschen Organen auf Grund einseitiger, meist aus sozialdemokratischer Quelle stammender, Informationen an der Sanierung Österreichs bisher geübt wurde, sollte lieber einem ernsthaften Studium dieses Vorganges und einer Anerkennung der Erfolge des Kabinetts Platz machen

Radikale Putschpläne in M

Berlin, 13. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) **In Magdeburg wurden am 8. Juni, wie die Blätter jetzt erst melden, 27 Deutschvölkische, darunter 6 Reichswehrangehörige, verhaftet, die der Leitung eines von dem bekannten Baltikum-Freikorps-Führer Roßbach gegründeten Reichswehrblocks Roßbach angehörten. Die Zuständigkeit dieses Putschzentrums erstreckte sich nach den Statuten über das ganze deutsche Reich mit Ausnahme von Bayern. Die Aufgabe der Organisation bestand darin, einmal für die deutsch-völkisch-nationalistische Bewegung einen Kern zu sichern, und zum anderen, den deutschvölkischen putschistischen Gruppen, die zum Teil aus ganz jungen Leuten bestehen, „Ausbildungspersonal" zu stellen. Die Organisation wird von Roßbach geleitet, der als „Chef" bezeichnet wird und der dem „Vorwärts" zufolge auch noch aus dem Untersuchungsgefängnis des Reichsgerichts in Leipzig, wo er sich seit geraumer Zeit befindet, da noch ein Verfahren gegen ihn schwebt, Befehle erteilt haben soll.**

Der „Vorwärts" veröffentlicht die Ausbildungsdienstpläne der Organisation, die Kartenlesen, Exerzieren, Nachtübungen usw. vorsehen, sowie die Vorarbeiten zur Schaffung einer „Fehme", die nur aus zuverlässigen und im Waffengebrauch perfekt ausgebildeten Leuten bestehen soll. Ihre Aufgabe ist es, der Leitung verdächtig erscheinende Leute zu beobachten und Verräter und

politisch mißliebige Personen zu beseitigen.

Nach dem Organisationsstatut konnten Mitglied werden alle Reichsangehörigen, die sich auf den Boden des Statuts stellen. Die Akten sind dem Oberreichsanwalt übergeben worden.

Italien auf Seiten Englands.

London, 13. Juni. (Drahtmeldung des WTB.) Der römische Berichterstatter der „Times" schreibt, es sei ihm von einem Mitglied des auswärtigen Amtes mitgeteilt worden, daß die Haltung Italiens gegenüber der Erörterung der deutschen Note sich der bereits von Großbritannien eingenommenen anschließen werde. Dem Berichterstatter zufolge hat die Regierung noch nicht entschieden zugestimmt, ob sie Frankreich beim Verlangen nach sofortiger Einstellung des passiven Widerstandes als Vorbedingung weiterer Erörterungen zu unterstützen habe.

Berlin, 13. Juni. (Drahtmeldung unserer Berliner Redaktion.) Eine Bestätigung der römischen Meldung, daß Italien eine Sonderantwort an Deutschland erteilen wird, liegt bisher von keiner Seite vor. Wege zur Verwirklichung einer solchen Absicht würden wohl zugegeben, in Regierungskreisen glaubt man aber, daß die Hindernisse nicht unüberwindlich seien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319230613-17/fragment/page=0007